INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

Nr. 309

24. November 1994

Kundgebung gegen REP-Mitgliederversammlung am 26.11. in Spandau

Am 26.11.94 findet um 18.00 Uhr im Rathaus Spandau eine berlinweite Mitgliederversammlung der REPUBLIKANER statt. Gerechnet wird mit 200 REPS. Es wird eine Gegenkundgebung ab 17.00 Uhr vor dem Rathaus geben. Wahrscheinlich von der HBV angemeldet. Ab 16.00 Uhr sollte sich vor'm Rathaus gesammelt werden.

Richter stoppen Transport von Brennstäben

GORLEBEN (AP). Mit einem Freudenfest haben Atomkraftgegner am Montag abend einen vom Verwaltungsgericht Lüneburg erlassenen vorläufigen Stopp des Castor-Transports nach Gorleben gefeiert. Am Eingang des Zwischenlagers versammelten sich rund 1000 Demonstranten. Nach Angaben der Polizei verliefen die Aktionen bis zum späten Abend friedlich. Ein von der Bezirksregierung erlassenes Versammlungsverbot, das von Mitternacht an galt, wollten die Behörden nicht mehr durchsetzen. In einem Eilentscheid hatte das Gericht am Abend Sicherheitsbedenken gegen den Atommülltransport vom baden-württembergischen Kraftwerk Philippsburg ins niedersächsische Zwischenlager Gorleben festgestellt. (Weiteres Seite 2)

ORDNER:
FR-autonome Ausgabe
Räumung des ASP Friedrichshain
Aufruf zur Solidarität mit den kriminalisierten KurdInnen
Kritik Antifa-Kalender 95
Dev Sol zum zehnten...

Jetzt mit mehr Inhalt:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Am zweiten Todestag von Silvio M. flogen Steine

Autonome liefern sich Straßenschlacht mit Polizei

Krawalle haben sich gestern abend aus einer Mahnwache für den am 20. November 1992 getöteten Silvio Meier entwickelt. Junge Neonazis hatten vor zwei Jahren den 27jährigen im U-Bahnhof Samariterstraße erstochen.

Etwa 40 Jugendliche hatten gestern den ganzen Tag über am U-Bahnhof Samariterstraße mit Plakaten an die Ermordung Silvio Meiers durch drei jugendliche Rechtsextreme erinnert. Gegen 17 Uhr eskalierte die Situation.

Plötzlich blockierten mehr als 150 Personen die zu dieser Zeit stark befahrene Frankfurter Allee. Als Polizisten zum Räumen der Straße aufforderten, flogen Steine. Was folgte, erinnerte an autonome 1. Mai-Feiern in Kreuzberg. Die inzwischen auf mehrere Hundertschaften verstärkten Polizeieinheiten jagten die Jugendlichen, die im Kiez um die Mainzer Straße ihren Gegnern Bauzäune, Autoreifen und Nebelgranaten in den Weg legten.

Nach gut einer Stunde kehrte wieder Ruhe ein. Eine erste Bilanz: 15 Festnahmen, die Citibank-Filiale in der Frankfurter Allee büßte sechs Fensterscheiben ein, der Getränke-Hoffmann-Markt an der Proskauer Straße kam mit einem Glasschaden davon. **ls/sn**

„Crashkids" demolieren 70 Autos

Werden Massendelikte straffrei?



Sachverständige besichtigen Autos, die Jungen im Alter von elf bis 15 Jahren auf einem Hamburger Parkplatz einer Exportfirma demolierten. Sie waren in das umzäunte Auto-Abstellgelände eingedrungen und hatten verschiedene Wagenschlüssel aus einem Wohnwagen gestohlen. Anschließend spielten die Kids offenbar „Autoscooter" und rammten 70 Fahrzeuge. Schadenssumme: eine halbe Million Mark. Foto: dpa

Wir haben in der Nacht zum 18.11. 94 das Auto von MARKUS KOSOCK abgefackelt. MARKUS KOSOCK ist Leiter der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZAST) im Kloster Blankenburg bei Oldenburg. Der harmlos klingende Name "Zentrale Anlaufstelle" verschleiert den wahren Charakter dieser Institution:
Die ZASTen sind Sammellager, in denen Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Umständen festgehalten werden, um sie möglichst effektiv zu erfassen, zu überwachen und für den weiteren Zugriff staatlicher Behörden bereitzuhalten.
Mit den Verschärfungen des Asylrechts in den vergangenen Jahren haben die zentralen Lager außerdem die Funktion erhalten, schnelle Massenabschiebungen zu ermöglichen: AsylbewerberInnen, deren Anträge das zuständige Bundesamt als "unbeachtlich" oder "offensichtlich unbegründet" einstuft (und das tut es aufgrund der neuen Gesetze in den meisten Fällen), werden aus den ZASTen von der Polizei abgeholt und abgeschoben.
Nur noch für diejenigen Flüchtlinge, die nicht auf diese Weise aussortiert werden, sieht das Gesetz eine Unterbringung in dezentralen kommunalen Unterkünften nach spätesten dreimonatigem Aufenthalt in der ZAST vor.
Aber selbst diese Regelung wird in Oldenburg zunehmend unterlaufen: So protestierten in den vergangenen Monaten Flüchtlinge, die zum Teil bereits länger als acht Monate im Lager Blankenburg ausharren mußten, mit Boykott der Essensausgabe, Blockaden und Hungerstreik gegen die unerträgliche dauerhafte Lagerunterbringung. Bei all diesen Aktionen hat sich Kosock stur gestellt und auch in mehrmaligen Verhandlungen keine nennenswerten Zugeständnisse gemacht. Zudem versuchte er ständig, in der Öffentlichkeit das Problem herunterzuspielen: In Interviews bestritt er, daß es eine allgemeine Unzufriedenheit unter den Flüchtlingen gebe. Die Proteste seien künstlich von außen hereingetragen worden, behauptete Kosock.
Und wie kürzlich in der Nordwest-Zeitung zu lesen war, hat Kosock mit seinen Bemühungen; die Flüchtlinge möglichst lange in der ZAST festzuhalten, eine Vorreiterrolle in den Umstrukturierungskonzepten der niedersächsischen Landesregierung übernommen:
Das Innenministerium in Hannover will künftig die vier ZASTen in Niedersachsen nicht mehr nur zur Erstaufnahme, sondern auch für die dauerhafte Unterbringung von Flüchtlingen nutzen. Das bedeutet letztlich, daß die Flüchtlinge dann bis zum Ende ihres Asylverfahrens in der ZAST bleiben müßten. So wird die Lagerunterbringung endgültig zum Regelfall.

Dieser in den letzten Jahren ständig verschärften Politik der massenhaften Internierung, Schikanierung und Abschiebung von Flüchtlingen wollen wir mit unserer Aktion Widerstand entgegensetzen. Den Verantwortlichen muß klargemacht werden, daß sie bei der Umsetzung ihrer Pläne mit mehr als nur verbalem Protest zu rechnen haben. MARKUS KOSOCK ist einer derjenigen, der besonders aktiv an allen genannten Schweinereien beteiligt ist. Er ist nicht irgendein kleiner unwichtiger Befehlsempfänger, sondern aktiver Repräsentant eines Lagers, in dem die ganze Bandbreite repressiver staatlicher Flüchtlingspolitik mit seinem Einverständnis exekutiert wird.

Keine Abschiebung, keine Lager, keine Lagerleiter!

Familie Feuerschein

AStA fordert sofortige Freilassung von Karen Braun und Andreas Landwehr

Spendenkonto: G. Schmelter, Nr.131152027 bei Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00

Wir erst jetzt bekannt geworden ist, wurde vom 12. auf den 13. November die Studentin Karen Braun, langjährige Mitarbeiterin des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses (AStA) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, mit ihrem Begleiter Andreas Landwehr in Edirne am Grenzübergang Bulgarien-Türkei verhaftet und mittlerweile nach Istanbul überführt. Ihnen wird vorgehalten, Videokassetten sowie anderes Material, das in Zusammenhang mit der PKK gebracht wird, mit sich geführt zu haben.

In welchem Zustand sie sich zur Stunde befinden, ist unklar. Nicht unklar jedenfalls ist, daß Militärs und Spezialeinheiten in der Türkei häufig Willkür walten lassen, wenn es darum geht, gegen tatsächliche oder vermeintliche Unterstützerinnen und Unterstützer der PKK vorzugehen. Die Anwendung von Folter ist dabei keine Ausnahme, wie u. a. Menschenrechtsorganisationen wie *amnesty international* berichten.

Für die antifaschistische Selbsthilfe auf allen Ebenen

Mit dem folgenden Beitrag wollen wir Autonomen Antifaschismus und antifaschistische Militanz erneut in die Diskussion bringen. Konkreter Anlaß für uns ist dazu der Brandanschlag auf das Auto des faschistischen Buchhändlers Konrad Krüger in Hannover/ Nordstadt.
Am 17.11. haben wir den neuen silberfarbenen Opel (H-KK 358) von Krüger auf dem Parkplatz hinter seinem Geschäft Engelbosteler Damm 62 in Brand gesetzt. Zu diesem Zwecke legten wir 2 mit Pattexkleber (je eine Dose) gefüllte Plastiktüten (das Pattex darf sich nur kurze Zeit in den Tüten befinden!) auf zwei Reifen des Autos, gossen eine Benzinspur auf und zwischen die Reifen und entzündeten diese auf 2m Entfernung zum Auto. Unbeteiligte Menschen waren nicht gefährdet.
Krüger ist ein Faschist und betreibt hinter seinem vordergründig gewöhnlichen Büchersortiment einen schwunghaften Handel mit faschistischer Literatur. Er verkauft Bücher der einschlägig als faschistisch bekannten Verlage Grabert, Munin und anderer. Viel erledigt er nicht mehr über Direktverkauf (er hat sein faschistisches Büchersortiment aufgrund von antifaschistischer Selbsthilfe deutlich verkleinert), sondern über Bestellung und Versand. Krüger ist eine bekannte Adresse bei Alt- und Neonazis, denn er besorgt Bücher faschistischen Inhalts, die es sonst nirgends in Hannover zu kaufen gibt. Deshalb wurde Krügers Laden seit 92 immer wieder Ziel von Aktionen Autonomer AntifaschistInnen. Ein Zitat aus einer der damaligen Erklärungen: "Wer Faschisten "Meinungsfreiheit" zugesteht, ist nicht nur zynisch, sondern macht sich auch mitschuldig. Denn die Umsetzung dieser Meinungsfreiheit heißt Menschen (Flüchtlinge,...) zu terrorisieren oder zu ermorden."

Autonomer Antifaschismus ist für uns zum einen notwendiger Abwehrkampf gegen alte und neue Nazis, um den Rücken frei zu haben im Kampf gegen den Staat und seine Organe. Je weniger entschieden den Nazis entgegengetreten wird, desto einfacher und in seinen Folgen fataler können sie ihren Terror verbreiten. Dabei auf die Hilfe des Staates zu hoffen ist illusionär. Die Nazis haben als Schläger- und Mordkommandos auf der Strasse (z.B.gegen Flüchtlinge), als Herrschaftsreserve (deutlichstes Beispiel: Machtübergabe Weimar 1932/33) und als Legitimation der oft propagierten "demokratischen Mitte" eine wichtige Funktion für die herrschenden Cliquen in Staat und Wirtschaft. Auch die deutsche Justiz zeigt durch Verharmlosung und milde Urteile gegen faschistische Mörder einerseits und rigorosen Verfolgungswillen gegen die Linke andererseits, daß sie ihre faschistische Kontinuität nicht gebrochen hat.
Welcher Nazi- Kriegsverbrecher mußte in BRD- Knästen so lange hinter Gittern sitzen wie die RAF- Gefangene Irmgard Möller? Welche Nazi- Mörderbande wurde mit einem derartig großen Staatsschutz- Apparat und einem solch unbedingten Verurteilungswillen (Aufbau von Konstrukten, die die Angeklagten für lebenslänglich in den Knast bringen sollten) über einen Zeitraum von nunmehr zweieinhalb Jahren verfolgt, wie die angeklagten AntifaschistInnen im "Kaindl- Verfahren"?
Der Staat tut nur dann und auch nur scheinbar etwas gegen Nazis, wenn es gilt, sein "Gewaltmonopol" oder "seinen guten Ruf" im Ausland und somit seine Finanzen zu sichern. Oder aber die Empörung einer Kritischen Öffentlichkeit im Inland zwingt zu staatlichen Schein- Handlungen - z.B. die Nazi- Parteiverbote, die außer medienwirksam fast unwirksam sind. Ein Staat, der Flüchtlinge in Folter und Tod abschiebt, kann kein humanitäres Interesse am Schutz der gleichen Flüchtlinge vor Neonazis haben.
Im Kampf gegen den Faschismus müssen wir auf die eigenen Kräfte bauen und uns selbst organisieren. Militante direkte Aktionen sind dabei ein unverzichtbares Mittel, denn überzeugte Nazis lassen sich ihre Weltanschauung nicht ausreden. Militanz bewirkt, daß einzelne Nazis abgeschreckt werden, aus Angst Strassenterror- Aktionen unterbleiben und faschistische Hetze öffentlich z.T. nicht mehr propagiert werden kann. In Hannover hat diese "autonome Mischung" aus Militanz, Drohungen und Öffentlichkeitsarbeit zu mindestens zu Teilerfolgen geführt.
Antifaschistische Gewalt läßt keinen Vergleich mit faschistischem Terror zu, weil wir durch unsere Aktionen, die sich niemals gegen Unschuldige oder Unbeteiligte richten, nur Beteiligte treffen. über die gesicherte Informationen existieren.

Direkte Aktionen gegen einzelne Nazis bleiben in ihrer Wirkung oft beschränkt, wenn ihre Strukturen nicht öffentlich aufgedeckt werden und der faschistischen Hetze keine antifaschistischen Inhalte entgegengestellt werden, die zu einer gesellschaftlichen isolierung der Nazis beitragen. Umgedreht zeigt die Praxis allerdings auch, daß trotz zahlreicher veröffentlichter Informarionen über Nazistrukturen nur wenige Aktionen gegen sie folgten.
Die Tatsache, daß antifaschistische Militanz ein männerdominierter Bereich innerhalb des antifaschistischen Widerstands ist, spricht nicht gegen linke Militanz, sondern gegen die motivation, aus der heraus oft von Männern agiert wird, was zwangsläufig Auswirkungen auf die Gruppenstrukturen und die Aktionsformen hat. Für eine autonome antifaschistische Bewegung, deren oftmals erklärter Anspruch es ist, sich auch gegen sexistische Unterdrückungsverhältnisse zu richten, ist es nicht tragbar, daß ein Bereich des antifaschistischen Kampfes von Männern bestimmt wird, die darin ihre patriachalen Gewaltphantasien und ihr Mackergehabe ausleben. Einige Männer gehen dabei soweit, daß für sie "Nazis auf den Kopf geben" höchste Priorität besitzt und sie damit quasi die einzig "richtige Politik" zu vertreten meinen, während alles andere bloß "Gelaber" ist.
Auch wir werden bei unseren Aktionen von Gefühlen wie Hass, Wut und fiebriger Spannung begleitet. Dazu stehen wir genauso wie zum Spaß, den Widerstand machen kann, aber auch zu unserer Angst, mit der wir vor jeder Aktion zu kämpfen haben. Wir sagen militanz ist niemals Selbstzweck, sondern in erster Linie ein unverzichtbares Mittel im antifaschistischen Kampf. Wir sagen auch, daß den nazis nicht zuviel, sondern zu wenig "hinterhergelaufen" wird. Gäbe es mehr direkte antifaschistische Aktionen, würde der nazi- Terror nicht solche erschreckenden Ausmaße annehmen können.

Autonomer Antifaschismus heißt für uns zum anderen immer auch, die reaktionäre Entwicklung in Staat und Gesellschaft zu analysieren und aufzugreifen. Die Nazis sind nur ein einzelner wesentlicher Faktor und zugleich ein Produkt der gesellschaftlichen und staatlichen Rechtsentwicklung. Die Nazis repräsentieren offen das reaktionärste Bewußtsein in der BRD.
Die verschiedenen Unterdrückungsmechanismen sind miteinander verwoben. Deswegen können wir die Kämpfe dagegen nicht prinzipiell voneinander trennen, sondern müssen sie immer wieder in einen Zusammenhang stellen. Revolutionärer autonomer Antifaschismus muß Stellung gegen Sexismus und Rassismus beziehen, genauso wie er antistaatlich und antiimperialistisch/antikapitalistisch geprägt sein muß.
Der reaktionären Entwicklung in allen gesellschaftlichen Bereichen wird mit wenig Gegenwehr der Linken begegnet. Wir sind weder ein deutlich wahrnehmbarer Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, noch verfügen wir über eine kulturelle Anziehungskraft. Um unsere Ghettoisierung zu durchbrechen und zu einer ernstzunehmenden Kraft zu werden, ist die Weiterentwicklung aller- auch kultureller- Widerstandsformen nötig. Dabei ist eines unserer Hauptmotive die Solidarität mit den Angegriffenen, den rassistisch, sozial und sexistisch Ausgegrenzten, aus der wir für uns eine Pflicht zum Widerstand herleiten. MigrantInnen z.B. können sich nicht so "frei entscheiden", ob sie kämpfen wollen oder nicht. Für sie hat der Widerstand einen viel existenzielleren Hintergrund.

Bildet Gruppen - Organisieren wir die antifaschistische Selbsthilfe

Zu Krüger : Sorgen wir gemeinsam dafür, daß er sein Nazi- Geschäft aufgeben muß.

Autonome Zelle Halim Dener

Halim Dener wurde am 30.6.94 von einem SEK- Bullen von hinten erschossen, weil er Plakate der in der BRD verbotenen Nationalen Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) in Hannovers`Innenstadt verklebte.

Am 17.11.89 - vor genau 5 Jahren - wurde in Göttingen eine Gruppe von Antifas von den Bullen gejagt. Dabei wurde die Antifaschistin Conny in den fließenden Autoverkehr getrieben und damit ermordet.

LES JEUX SONT FAITS !

Zum Antifa - Prozeß in Berlin (Herbst 94)

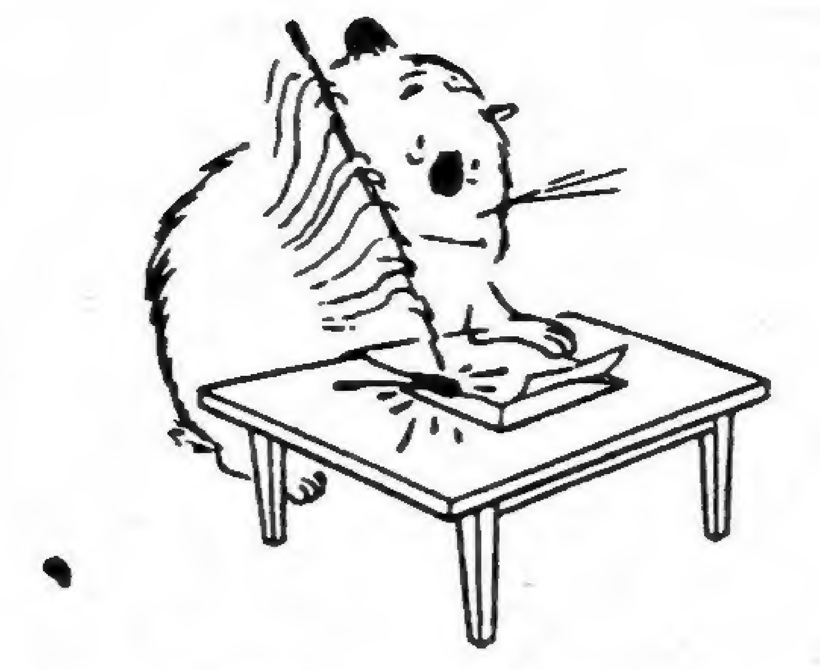
Am 15.11.94 endete nach 13 Verhandlungstagen der Prozeß gegen sieben Männer und Frauen, die wegen gemeinschaftlichen Mordes an Gerhard Kaindl und gemeinschaftlicher sechsfacher schwerer Körperverletzung an den weitereren TeilnehmerInnen des Nazitreffens im Chinarestaurant angeklagt wurden.
Der Prozeß wurde im Einvernehmen mit sämtlichen Beteiligten früher abgebrochen als eigentlich vorgesehen. Seitens der Angeklagten belief sich der Deal darauf, auf das Auseinandernehmen der Staatsschutzbullen zu verzichten und die Zusammenarbeit von Bullen und Faschisten nicht weiter zu thematisieren. Außerdem versicherten ihre AnwältInnen, daß sie nach der Urteilsverkündung keinerlei Rechtsmittel einlegen würden.
Zugesagt wurden ihnen relativ milde Strafen für alle Angeklagten. In der verbleibenden Knastzeit sollen die, die nicht entlassen werden, Freigängerstatus bekommen. Das heißt, daß sie zur Arbeit aus dem Knast rauskönnen, sich aber jeden Nachmittag wieder 'stellen' und zurückkommen müssen. Außerdem wurden alle, die sich noch in Untersuchungshaft befanden, vorläufig, bis zu ihrem Haftantritt (ist noch nicht klar wann) freigelassen.

Urteile:

Schon am 1.11. wurde Zeki (Abidin Eraslan) freigesprochen, nachdem er am 25. 10. aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Zeki hatte sich gleich nachdem ihm klar war, daß er gesucht wurde, den Bullen gestellt und gesagt, daß er unschuldig sei. Im Prozeß wurde dies von allen, die Aussagen machten, bestätigt. Zwei weitere Zeugen erklärten, daß Zeki zur fraglichen Zeit mit ihnen zusammen in ihrer Wohnung gewesen sei.
Devran (Fatma Balamir) bekam am 28.10. Haftverschonung, da ihr im Prozeß keine konkrete Tatbeteiligung nachgewiesen worden war. Sie wurde zu einer Jugendstrafe von 15 Monaten Knast auf 3 Jahre Bewährung verurteit. Ein altes Urteil von 8 Monaten auf Bewährung wurde miteinbezogen. Begründet wurde die Strafe mit 'psychischer Beihilfe zur gemeinschaftlichen Körperverletzung mit Todesfolge'.
Toni (Carlo Blietz), Sefkan (Seyho Karaaslan) und Hasim (Mehmet Ramme) wurden zu drei Jahren Knast verurteilt, wegen 'gemeinschaftlicher Körperverletzung mit Todesfolge' und 'Beteiligung an einer Schlägerei'.
Bazdin (Bahrettin Yoldas), der Hauptzeuge der Staatsanwaltschaft, bekam 2 Jahre Jugendstrafe auf 3 Jahre Bewährung mit der gleichen Begründung wie oben.
Erkan Sönmez, der zuletzt in der geschlossenen Abteilung der Karl- Bonhoeffer-Nervenklinik gefangen war, wurde zur gleichen Zeit wie die letzten Untersuchungsgefangenen, zu seiner Familie entlassen.
Ein psychatrisches Gutachten erkannte ihn als schuldunfähig an. Seine sämtlichen Aussagen durften gerichtlich nicht verwertet werden. Forderte die Staatsanwältin vor Wochen noch seine zwangsweise Unterbringung in eine geschlossene Abteilung einer Nervenklinik, so erklärte das Gericht jetzt, Erkan sei keine Gefährdung für die Öffentlichkeit und entsprach dieser Forderung nicht. Ihm wird freigestellt, wo und wie er eine Therapie macht.
Somit sind alle Gefangenen zumindest vorläufig aus dem Knast/der Psychatrie raus!
Wir sind ziemlich froh, daß Erkan's Zwangseinweisung ausgeblieben ist. Für uns ist es ein Widerspruch, einerseits aus unserem eigenen politischen Selbstverständnis heraus, die Beurteilung eines psychatrischen Gutachters (paranoid halluzinatorische Schizophrenie) so wie die gängige Praxis der Psychatrie (z.B. der ungebrochene Glaube an die medikamentöse Behandlung) als Macht- und Kontrollinstrument der Herrschenden in Frage zu stellen, andererseits die Strategie der VerteidigerInnen zu unterstützen, die darauf hinauslief, daß Erkan 'begutachtet' wird, damit seine Aussagen nicht verwertet werden können, was folgerichtig aber u.U. Zwangseinweisung in eine geschlossene Psychatrie, hätte bedeuten können. Dieser Widerspruch ist in der Unterstützungsarbeit nicht groß thematisiert worden, da niemand eine andere Lösung parat hatte.

Was ist mit den Gesuchten?

Die Haftbefehle gegen Rebecca und Hans-Georg, zwei der vier Gesuchten, wurden aufgehoben. Ob die Aussicht besteht, daß auch der Haftbefehl gegen Orhan aufgehoben wird, ist uns zur Zeit noch nicht bekannt. Genausowenig die Begründungen für oder gegen eine Aufhebung. Der Haftbefehl gegen Gengiz bleibt auf jeden Fall bestehen, da er im Prozeß belastet wurde, Kaindl erstochen zu haben.



Wir wollen in diesem Text eine Einschätzung des Prozesses wagen, eine Kritik an den Angeklagten sowie den ZuschauerInnen, die sich bis auf einige der Familienangehörigen der Angeklagten, durchweg aus linker Scene zusammensetzten.
Gerade in letzter Zeit sind einige Prozesse gegen Linke gelaufen, die alles andere als erfreulich waren. Immer wieder erpressen RichterInnen Geständnisse und 'angebliche Reue' von den Angeklagten, indem sie ganz klar vorgeben, wie sie verurteilen werden, wenn auf ihre Bedingungen eingegangen wird oder nicht. So war es z.B. beim Antifaprozeß in Gießen, siehe Swing Nr.63. Immer wieder reden Leute zu viel vor Gericht oder zu früh (schon vor dem Prozeß), verhalten sich unsolidarisch gegenüber anderen Betroffenen. Deshalb ist es notwendig, Kriterien zu diskutieren, die mithelfen, Pannen zu vermeiden, die Angeklagte bei ihren schwierigen Entscheidungen zu unterstützen und zu stärken. Kriterien, die nicht dazu da sein sollen, das Verhalten der Angeklagten auf eine einzige 'richtige' Möglichkeit einzuengen, sondern, die auf einen solidarischen Umgang aller Betroffenen abzielen und darauf, die eigenen Ideen und Überzeugungen nicht gänzlich verbergen und leugnen zu müssen. Wir denken nicht, daß ein Gerichtsverfahren unser Kampfterrain ist. Frau/Mann steht relativ machtlos da und soll von politischen GegnerInnen abgeurteilt werden. Trotzdem ist es möglich dabei die eigene Achtung zu wahren und sich nicht auf die Ebene einzulassen, die vom Gericht angestrebt wird.

Ausgangspunkte

im Prozeß gegen die sieben Männer und Frauen in Berlin waren die umfangreichen denunziatorischen Aussagen Erkan's und Bazdin's, die schon vor dem Prozeß gemacht wurden und alle Angeklagten schwer belastet hatten. (Wir denken nach wie vor, daß es hätte verhindert werden können, daß Erkan in seinem schlechten Zustand auf die absurde Idee kam, ausgerechnet den Bullen seine Geschichte zu erzählen, wenn sich FreundInnen und Bekannte rechtzeitig um ihn gekümmert hätten.)
Ausgangspunkt war weiterhin die Einschätzung der allermeisten der 14 AnwältInnen, daß die Gefangenen mit lebenslänglichen Haftstrafen zu rechnen hätten, wenn es ihnen nicht gelänge, die Aussagen, die dazu geführt hatten, daß der Vorwurf auf 'gemeinschaftlichen Mord' lautete, zu entkräften. Diese Entkräftung könne am ehesten durch eigene, glaubwürdige Aussagen zur Sache geschehen.
Vor dem Prozeß war den UnterstützerInnen nicht genau klar, wie die Angeklagten ihre Verteidigung planen. Obwohl den Gefangenen bekannt war, daß solidarische Frauen und Männer bereit waren, die Prozeßstrategie mit ihnen gemeinsam zu diskutieren, entschieden viele, dieses Angebot nicht zu nutzen und sich alleine mit ihren AnwältInnen vorzubereiten. Dies sehen wir als einen Fehler an. Toni stellte sich außerdem erst so kurz vor dem Prozeß, daß gar keine Zeit für ruhige, durchdachte Vorbereitungen blieb. Es schwirrte vage im Raum herum, daß, bis auf Devran, alle Angeklagten Aussagen machen wollten. Der Umfang und die Einzelheiten der Aussagen waren nicht bekannt. Dieses Halb- und Nichtwissen löste eine bescheuerte Pseudodiskussion aus, in der natürlich überhaupt nicht auf den konkreten Fall eingegangen werden konnte. Schlechtestenfalls wurden die Gefangenen schon mal schnell in gut (will nix sagen) und böse (will Aussagen machen) eingeteilt.
Wir kritisieren beides, sowohl den gewollten Alleingang vieler Gefangener, als auch die Leute draußen, die durch schnelles Abstempeln nicht gerade dazu beigetragen haben, daß die Gefangenen Vertrauen zu einer solidarischen Diskussion um ihre Prozeßstrategie haben konnten. Den Alleingang kritisieren wir vor allen Dingen, weil wir jetzt wissen, wie alles ausgegangen ist und überzeugt davon sind, daß eine gemeinsame Vorbereitung einige unschöne Dinge hätte verhindern können. Aber auch generell ist davon auszugehen, daß eine solidarische Diskussion mit mehreren Personen einer Prozeßstrategie nur nützen und nicht schaden kann!

Wie ist es nun konkret gelaufen?
Wir unterteilen im folgenden zunächst in die Aussagen, die Sefkan Toni und Hasim gemacht haben und in die von Bazdin und Erkan, weil wir darin einen großen qualitativen Unterschied sehen und so unsere Kritik besser strukturieren können.
Zentral im Prozeß waren die Aussagen, die sich an die politischen Erklärungen der Gefangenen anschlossen. Alle, die sich zur Sache einließen, erzählten ohne unterbrochen zu werden, detailliert über den Abend, an dem die Aktion stattfand.
Als Vorbehalt erklärten Sefkan, Toni und Hasim, nur über Personen reden zu wollen, die als Angeklagte anwesend seien, und alle anderen aus moralischen und politischen Gründen weglassen zu wollen. Bis auf kleine Abweichungen erzählten sie die gleiche Geschichte:
Am Abend des 4. April kam ein Mann (wurde namentlich genannt) in den Pink Panther (Kneipe), um davon zu berichten, daß u.a. Carsten Pagel und andere Faschisten im Chinarestaurant am Kottbusser Damm

säßen und ihn und einen pakistanischen Rosenverkäufer rassistisch angepöbelt hätten. Ihm sei von den Faschisten gedroht worden, er solle aufpassen, daß ihm auf dem Nachhauseweg nichts zustoße. Der Mann bat um Unterstützung, woraufhin sich dann Sefkan, Hasim, Erkan, Bazdin und eine weitere Person mit einem Auto auf den Weg gemacht hätten. Sie hatten vor, die Faschisten zu vertreiben. Unterwegs sei noch im So 36 (Veranstaltungsort) angehalten worden und Toni dort zugestiegen. Vor dem Chinarestaurant stand eine weitere Gruppe, auch der Mann, der die Geschichte im Pink Panter erzählt hatte tauchte auf, sowie Devran. Es wurde nichts groß beredet und abgemacht, sie seien ziemlich schnell ins Restaurant gegangen. Drinnen sei Hasim vorne gestanden und habe den Wirt, der eine Knarre gezogen hatte beruhigt, die anderen seien zu dem Tisch mit den Nazis gegangen. Dort hätte Chaos geherrscht! Einer der Nazis habe mit Stühlen nach ihnen geworfen. Sefkan habe Pagel eine Schelle und einen Tritt verpaßt, woraufhin dieser, wie die meisten Nazis unter den Tisch geflüchtet sei. Bazdin habe mit einer Baseballkeule auf den Tisch geschlagen, Toni mit Gas gesprüht. Schließlich seien alle gegangen, da die Nazis ja eingeschüchtert unterm Tisch hockten. Sefkan habe beim Abzug dem Wirt noch die Knarre aus der Hand geschlagen, dann seien alle rausgerannt. Draußen hätten sie einen Knall gehört (vielleicht Schuß?) und eine Restaurantscheibe sei zu Bruch gegangen. Dann seien alle ins Auto gestiegen und weggefahren. Vom Tod Kaindls hätten sie erst an den darauffolgenden Tagen erfahren. Sie erklärten, daß der Tod nicht beabsichtigt war und sie in dieser Nacht nicht gewußt hätten, daß in der Kneipe jemand zugestochen hatte.
Alle haben gesagt, daß Zeki an dem Abend nicht dabei gewesen sei. Devran sei zwar im Pink Panther und dann auch vor dem Restaurant aufgetaucht, aber es habe Streit um ihr Mitreingehen gegeben. Sie sei daraufhin wohl gegangen, denn sie sei weder im Restaurant, noch draußen zu sehen gewesen. Hasim sagte darüberhinaus, daß auch die andere Frau, die laut früheren Aussagen von Erkan und/oder Bazdin vor dem Restaurant Schmiere gestanden haben sollte, nicht zu sehen war, als er das Restaurant, als einer der ersten verließ. Über die nachfolgenden Tage und die Gespräche untereinander wurde auch noch einiges gesagt.

Zu Sefkan, Toni und Hasim

Insgesamt haben die Aussagen von Sefkan, Toni und Hasim bis hierhin keinen denunziatorischen Charakter gehabt. Es taucht aber die Frage auf, warum der Mann, der die Faschisten im Chinarestaurant entdeckt hatte, namentlich genannt wird, wo er doch nicht im Prozeß vertreten war? Wir fanden die Tatsache nicht so dramatisch, weil der Mann, der mit Phantombild gesucht wurde, sich kurz nach der Aktion selbst bei den Bullen gemeldet hatte. Dort hatte er Devran und Hasim als diejenigen verraten, die er zu der Aktion mobilisiert hätte. Daraufhin wurden die beiden 1992 verhaftet. Die Anschuldigungen reichten aber nicht aus, um sie anzuklagen, sie wurden wieder freigelassen.
Der Mann ist ein Verräter, er hat versucht, als die Sache für ihn bedrohlich wurde, sie auf andere abzuwälzen. Noch aus dem Ausland schickte er Briefe an die Bullen, in denen er andere beschuldigte, bei der Aktion dabeigewesen zu sein und ihm gedroht zu haben, nicht zu den Bullen zu gehen.
Somit haben die Angeklagten nichts anderes gesagt, als der Mann (der sich jetzt auch auf der Flucht befindet, da er von der Richterin nicht als Zeuge sondern als Tatbeteiligter definiert wurde) zuvor schon den Bullen angegeben hatte. Trotzdem ist die Sache natürlich nicht ganz astrein.
Ein weiterer Kritikpunkt an diesen ersten Aussagen ist, daß 'eine andere Person' eingeführt wurde, die mit im Auto saß und deshalb auch an der Aktion beteiligt gewesen sein muß. Bazdin und Erkan haben keine moralischen Skrupel und benennen diese Person, als sie an der Reihe sind mit Namen (Gengiz). Indem die anderen drei zugeben, daß noch eine weitere Person dabei war, bestätigen sie Bazdin und Erkan und machen ihre Aussagen glaubwürdig.
Die Aussagen, die an diesem 3. Verhandlungstag von Sefkan, Toni und Hasim gemacht wurden, wären, wenn die oben genannten Punkte berücksichtigt worden wären, erträglich und vertretbar gewesen. Sie betrafen (bis auf den zu Anfang genannten Mann) die Angeklagten selbst und schienen von allen gemeinsam getragen zu werden. Auch Devran, die keine Aussagen zur Sache machte, erklärte zu Anfang des Prozesses ausdrücklich, daß sie solidarisch mit den anderen sei und deren Aussagen unterstütze. Sie hatte zugestimmt, daß von ihr geredet wurde, in Form von entlastenden Aussagen, die klarstellten, sie sei an der Aktion nicht beteiligt gewesen.
Das gleiche gilt für Zeki, der ja in seiner politischen Erklärung schon ausgesagt hatte, er sei nicht dabei gewesen. Auch für ihn war es von Vorteil, daß die anderen dies bestätigten und auch er wollte, daß über ihn geredet wird.

Bazdin's und Erkan's Aussagen

Bazdin und Erkan gingen schon zu Anfang weit über die Grenze des Zulässigen hinaus! Am gleichen Verhandlungstag wie die anderen, erzählten auch sie die Geschichte des 4. Aprils.
Wie schon erwähnt erklärten beide, daß Gengiz die weitere Person gewesen sei, die mit ihnen zum Restaurant gefahren sei. Doch das war nicht alles! Laut Bazdin habe Gengiz bei der Aktion hinter Kaindl gestanden, der als einziger Nazi noch auf seinem Stuhl saß und eine Knarre in der Hand gehalten habe. Er hätte Bewegungen von oben nach unten gesehen, Kaindl sei unter den Tisch gefallen. Im Auto habe Gengiz blutverschmierte Hände gehabt und ihm erzählt, er hätte auf einen der Faschisten eingestochen.
Als Erkan an der Reihe war, bestätigte er Bazdin, und behauptete gesehen zu haben, wie Gengiz auf Kaindl eingestochen hätte. Somit hat das Gericht seinen Mörder!

Weder Angeklagte noch ZuschauerInnen reagierten auf diese miesen Anschuldigungen mit denen mal eben so klar gemacht wurde, daß einer der Gesuchten sein Leben lang nicht mehr auftauchen darf (da Mord nie verjährt)! Keine/r der Angeklagten hat im weiteren Prozeßverlauf auch nur Anstalten gemacht, Gengiz zu entlasten, zu sagen, daß er an anderer Stelle gestanden habe, oder sonstwas.
Daß nach 11-monatiger Untersuchungshaft, also recht langer Bedenkzeit, diese Aussagen vor Gericht von Bazdin und Erkan wiederholt werden, kann durch nichts entschuldigt werden!
Im Laufe der Untersuchungshaft scheint Bazdin zu der Einsicht gekommen zu sein, daß ein gemeinsamer Mordvorwurf auch seiner Person schadet und hat deshalb solchen Blödsinn nicht nochmal vor Gericht wiederholt. Er war sich aber genauso wie zu seiner Festnahme nicht zu schade, eine Person als Mörder zu präsentieren.
Im Gegensatz zu den Aussagen, die Gengiz betrafen, hat Bazdin viele seiner früheren Aussagen zu anderen Personen entschärft oder zurückgenommen. Er bestätigte z. B., daß Zeki, den er denunziert hatte, bei der Aktion mit einer Eisenstange aktiv gewesen zu sein, gar nicht vor Ort war. Er erklärte, daß Hasim nicht der Anführer der Gruppe gewesen sei und daß es gar keinen Anführer gegeben habe. Die Begründungen, mit denen er seine Aussagen unterstrich waren z.T. haarsträubend. Hasim sei z.B. zu klein, um ihm etwas zu sagen, oder ihn von etwas abzuhalten.
Auch Erkan's erneute Belastungsaussage gegen Gengiz ist der Hammer. Erkan hat im Prozeß sowieso kaum was gesagt, erklärt, daß es ihm total schlecht gehe, er an Angstzuständen leide und daß er sich so



gut wie nicht erinnere. Er erinnerte sich nur daran, daß Gengiz zugestochen hätte. Auch wenn diese Aussagen nicht verwertet werden können, weil ein Gutachter bestätigt hat, daß Erkan zur Zeit nicht in der Lage ist, unbeeinflußt seine Erinnerung wiederzugeben, verstärken sie doch einen Eindruck bei Gericht!

Kriterien

Für uns ist das wesentliche, was wir von allen Frauen und Männern einfordern, daß egal, wie sie sich verteidigen, sie niemanden belasten oder verraten, weder direkt noch indirekt! Genau das ist die Grenze, die nicht aufgeweicht und überschritten werden darf!
Was wir weiterhin von allen verlangen, ist ein solidarisches Verhältnis zu allen anderen Betroffenen, in diesem Fall den Gesuchten und Angeklagten. Es braucht sich niemand besonders darum zu kümmern, daß Verräter gut bei der ganzen Sache aussteigen, aber daß nach allen anderen geguckt wird, halten wir für eine Sache, die auf jeden Fall eingefordert werden kann. Auch Verräter sollten nicht belastet und an die Justiz ausgeliefert werden, generell niemand, egal ob wir einen Menschen für gut oder schlecht halten.
Alles weitere sind Fragen der persönlichen und politischen Identität jedes Einzelnen, der Kompromiß- bzw. Kampfbereitschaft, momentaner persönlicher Stärke oder Schwäche. Da sind die Schmerzgrenzen jeweils verschieden.

Natürlich wäre uns ein kämpferischer Prozeß mit einem klaren Verhältnis gegenüber dem Gericht am liebsten, aber wir würden nicht so weit gehen, dies von Angeklagten zur Bedingung zu machen, damit wir sie unterstützen.

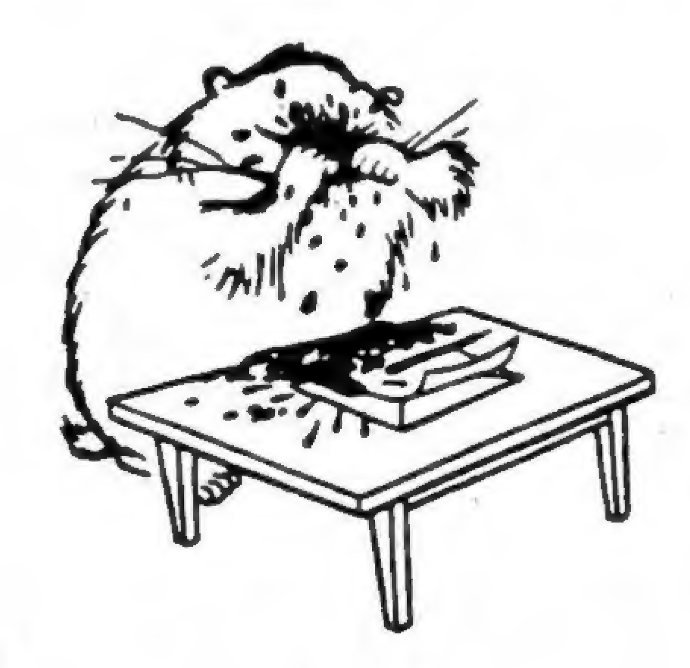
Weiter im Prozeßverlauf - Befragung durch das Gericht:

An die Aussagen der Angeklagten zur Sache, die insgesamt ein rundes Bild der Aktion ergaben, schloß sich an den darauffolgenden Verhandlungstagen die Befragung durch das Gericht an. Alle, die bisher zur Aktion ausgesagt hatten, ließen sich auch darauf ein, Fragen zu den verschiedenen Komplexen (Vorher im Pink Panther, Weg zur Aktion, Aktion,...) eingehend zu beantworten.
Dabei wurden Dinge erzählt, die unserer Meinung nach absolut nicht notwendig gewesen wären und unter Umständen zu Schaden für andere werden können.
Z.B. wurde die Initiative der Richterin, Gengiz als Mister X zu bezeichnen, von allen, die sich geweigert hatten weitere Namen zu nennen, aufgegriffen. Die Richterin antwortete einmal ausdrücklich auf die Frage von Toni, wer denn Mister X sei, daß damit Gengiz gemeint sei. So war es erstens nur noch eine Farce, nicht gleich den Namen zu sagen, und zweitens wurde damit auch durch Sefkan, Toni und Hasim unmißverständlich klargemacht, daß Gengiz im Restaurant dabei war. Dies bestätigte Bazdin's Aussagen zu Gengiz und verlieh ihnen noch mehr Glaubwürdigkeit. Wo blieben hier die moralischen und politischen Gründe, wegen derer nichts über andere gesagt werden sollte??
Ein weiterer Punkt ist, daß der Personenkreis derer, die bei der Aktion dabei waren, so genau eingegrenzt wurde. Von Toni werden zwei weitere Personen angegeben, die im Lokal waren. Hasim präzisiert das später auf drei (Mister X,Y,Z). Zufällig werden noch genau drei Männer gesucht! Die Mister X (Y, Z) Scheiße zog sich durch den ganzen Prozeß durch, kann also kein Versehen gewesen sein!
Im Vergleich zu den Aussagen, die Bazdin vor dem Prozeß bei den Bullen gemacht hatte, milderte er viele seiner Aussagen ab oder widerrief sie. An Punkten, die von seinen früheren Aussagen abwichen, erklärte er, die Bullen hätten Romane für ihn aufgeschrieben, ihm Dinge vorgegeben, wie sie sie hören wollten, oder ihm Erkan's Aussagen vorgelesen, die er im Glauben, das sei schon richtig, wiederholt hätte.
Trotzdem kann keineswegs behauptet werden, daß Bazdin sich im weiteren Verlauf solidarisch gegenüber den anderen Betroffenen verhielt.
Bazdin entlastete zwar Toni, indem er sagte, daß dieser ihn nicht daran gehindert hätte das Lokal zu verlassen, aber er erklärte, das wäre ein anderer Deutscher (etwas kleiner und kräftiger) gewesen. Solche Behauptungen sind mögliche indirekte Belastungen und führen nur unnötig zu Spekulationen!
Bazdin erwähnt Orhan (wird gesucht) namentlich, als zumindest vor Ort gewesen. Warum? Niemand anderes entlastet Orhan dadraufhin. Warum nicht?

Die Form

Bis hierher haben wir unsere Kritik an den konkreten Aussagen festgemacht, die wir daneben, gefährlich und unsolidarisch finden. Daß so etwas nicht passiert, ist das wesentlichste! Doch auch die Art und Weise, wie Angeklagte sich präsentieren, spielt eine Rolle. Die Tatsache, daß sich zur Sache geäußert wird, muß nicht zwangsläufig zur Folge haben, daß in Vergessenheit gerät, daß wir diesem Staat absprechen, über uns zu urteilen. Doch in diesem Prozeß verwischte jegliche Distanz zwischen Angeklagten und Gericht.
Zu glatt, zu schnell und zu freundlich wurde oft auf Fragen geantwortet, die gar nichts damit zu tun hatten, eine glaubwürdige Version der Aktion zu schildern. Lang und breit wurde z.B. erklärt wer wen wo





kennengelernt hat, auf welcher Party was stattgefunden hat, daß mensch lieber in einen Park zum Quatschen geht, als in eine vollbesetzte Kneipe,...
Die Richterin dabei immer freundlich grinsend, ermunternd. Es war ganz schön eklig sich das anzusehen.
Es wurden keine Regeln und Barrieren von den Angeklagten gesetzt, außer daß Sefkan, Toni und Hasim nicht über Leute reden wollten, die nicht auf der Anklagebank saßen, was sie ja letztendlich nicht richtig durchgezogen haben. Vorstellbar wäre gewesen, daß an viel mehr Punkten die Fragen des Gerichts unbeantwortet geblieben wären mit Hinweisen wie: das tut nichts zur Sache, dazu habe ich schon Angaben gemacht,...
Leider nutzten die Angeklagten nur sehr selten die Möglichkeit, sich zwischen Frage und Antwort mit ihren AnwältInnen zu beraten.
Positiv in diesem Zusammenhang war, daß Hasim bei der Befragung einen Dolmetscher zwischengeschaltet hatte. So konnte Zeit gewonnen werden für die Antworten und ein direktes Aufeinandereingehen zwischen ihm und Gericht wurde vermieden. Leider hat er dies Verzögerungsmöglichkeit viel zu wenig genutzt.
Insgesamt hat eine kämpferische oder auch nur störrische Haltung der Angeklagten gefehlt.

Einschätzung und Fragen
Wir können uns nicht hinstellen und sagen, hättet ihr dieses und jenes so und so gemacht, wären die gleichen Urteile dabei rausgekommen und alles viel besser gelaufen. Dazu sind Gerichtsverfahren leider im vorhinein zu schlecht einschätzbar. Viel hängt von den RichterInnen (deren politischer Einstellung) und der Schärfe und Einstellung der Staatsanwaltschaft ab. Der gleiche Prozeß wäre vor einem anderen Gericht anders ausgegangen, nur das ist sicher.
Die Richterin war auf jeden Fall liberal eingestellt und die Staatsanwaltschaft von zwei völlig müden Tassen vertreten, die Schwierigkeiten hatten, sich überhaupt durchzusetzen. Der Anwalt der Nebenklägerin (Faschistin Gabriele Hartung) tauchte fast nie auf und wenn, sagte er kein Wort zu gar nichts. AnwältInnen der Angeklagten waren genug vorhanden (insgesamt 14) und nicht gerade die Unerfahrensten, so daß einer guten juristischen Verteidigung nichts im Wege stand.
Der Haken an diesem Verfahren war ganz eindeutig nicht die Besetzung des Gerichts, sondern die Unsicherheit, wie Bazdin und Erkan auftreten würden! Würden sie ihre haarsträubenden denunziatorischen Aussagen wiederholen oder nicht? Genau dazu hätten wir auch nichts sagen können. Deshalb kritisieren wir die **grundsätzliche** Entscheidung vieler Angekagter nicht, gegen möglicherweise völlig diffamierende Aussage Bazdin's und Erkan's eine gemeinsame eigene Aussage stellen zu wollen.
Aber warum wurde nicht abgewartet, wie Bazdin und Erkan sich verhalten, um sozusagen nur im Notfall die eigene Version zu erzählen?
Warum wurden über die Kerngeschichte hinaus noch so viele Einzelheiten erzählt?
Warum wurde sich zusätzlich zu einer einmaligen Aussage (am besten schriftlich vorformuliert) noch auf Befragungen eingelassen, die viel mehr Gefahr bieten, sich zu verplappern?
Warum hat Zeki die Tatsache, daß er nicht dabei war, nicht für sich behalten, um im Prozeß, wenn es nötig ist, Erkan und Bazdin als unglaubwürdig hinzustellen? Statt dessen stellte sich Zeki unnötigerweise schon nach drei Tagen und sagte, er sei unschuldig.
Es hätte auch eines der Anliegen der Angeklagten sein müssen, die Gesuchten so gut es geht zu entlasten, zumindest, wenn sie von Bazdin als bei der Aktion dabeigewesen erwähnt werden. Bis auf Rebecca, wurde keineR der Gesuchten entlastet. Warum nicht?
Wieso werden andere Behauptungen von Bazdin und Erkan im Prozeß zurückgenommen oder sich nicht mehr erinnert, aber die Aussage Gengiz hätte Kaindl erstochen, nicht? Wir können uns gut vorstellen, daß die Richterin eine solche Aussage zur Bedingung dafür gemacht hat, daß die Anklage wegen' gemeinschaftlichen Mordes' oder 'Totschlags' fallen gelassen wird. Es drängt sich die Frage auf, ob es nicht allen Angeklagten recht war, daß ein 'Mörder' benannt wurde, um nicht selbst in Verdacht zu kommen oder um das Strafmaß für alle anderen zu senken?

Klappe halten
Auch eine Schweigestrategie hätte in diesem Prozeß durchaus Erfolg haben können. Angesichts der Tatsache, daß Erkan's Aussagen nicht verwertet werden dürfen, daß Bazdin viele, wenn auch nicht alle seiner belastenden Aussagen zurückgenommen hat und daß die Staatsschutzverhörmethoden immer mehr ins Zwielicht geraten sind, bzw. als unzulässig betrachtet werden konnten, ist die Frage schon legitim, ob es nicht sinnvoller gewesen wäre, die Klappe zu halten? Dann hätte die Verteidigung hauptsächlich auf ein Auseinandernehmen der Belastungszeugen aufgebaut werden müssen und viel mehr die Staatsschutzverhörmethoden und ihre Arbeitsweisen angegriffen werden müssen.
Die Klappe zu halten, bedeutet in erster Linie, sich zu weigern, an einer wie auch immer gearteten 'Tataufklärung' mitzuarbeiten und keine eigenen Geständnisse zu liefern, aufgrund dessen verurteilt werden



kann. Auch in diesem Prozeß waren die eigenen Geständnisse die Grundlage der Urteile (dafür sind sie noch relativ hoch ausgefallen).
Die Klappe halten bedeutet auch eine Weigerung, sich aufteilen zu lassen in 'Schuldige' und 'Unschuldige', solche mit 'geringer' oder 'schwerer Schuld'. Nichts zu sagen, kann darüber hinaus Ausdruck der politischen Haltung gegenüber diesem Staat und seiner Justiz sein. Nichts zu sagen bedeutet auch nicht, völlig passiv im ganzen Prozeßgeschehen zu sein. Um die Belastungszeugen auseinanderzunehmen zu können, muß sich gut vorbereitet werden, der Prozeßverlauf aufmerksam beobachtet werden. Auch bei einer Schweigestrategie bestimmen die Angeklagten, was sie zulässig für ihre Verteidigung finden, welche Methoden die AnwältInnen anwenden sollen.
Diese Position ist keine Betonkopfposition, auch wenn sie öfters als solche diffamiert wird. Es ist eine Position, die akzeptiert werden sollte und über die es sich zu streiten lohnt. Schwierig finden wir allerdings, wenn die Position 'Keine Aussagen bei Bullen und Justiz' zum absoluten Muß einer politischen Prozeßführung wird. Daß es auf **keinen Fall** sinnvoll, ist vor dem Prozeß irgendetwas auszusagen, da sind wir uns wahrscheinlich alle einig. Dadurch werden nur Wege der Verteidigung verbaut, aus Unachtsamkeit evt. Dinge erzählt, die später total bereut werden.
Wenn aber keine anderen Vorstellung als eine Schweigestrategie politisch vertretbar gefunden wird, finden wir diese Position zu einengend und halsstarrig. Dieser Prozeß hätte auch mit Einlassungen politisch kämpferisch geführt werden können!

Die ZuschauerInnen

verhielten sich in erster Linie wie KinobesucherInnen im Aktionfilm. Nur die Chips fehlten!
Komischerweise war es trotz der ätzenden Atmosphäre, der alles andere als kämpferischen Stimmung seitens der Angeklagten, irgendwie 'inn' zum Prozeß zu gehen. Zur Not wurde sich sogar drum geprügelt, wer zu den auserwählten 66 gehören durfte.
Die ZuschauerInnen verhielten sich, egal was gesagt wurde, so gut wie gar nicht. Wenige Zwischenrufe waren absolute Einzelinitiativen. Teilweise gab's sogar noch Streit, wenn mal ein kritischer Satz zu einem Angeklagten fiel.
Als dann am 10. Prozeßtag Thorsten Thaler, einer der Faschisten, die im Chinarestaurant dabei waren, geladen war, gab es von einer kleinen Minderheit "Nazis-Raus" Rufe. Die Richterin ordnete an, die ZuschauerInnen zu räumen. Aber schnell legte sich der Unmut! Die Richterin ist ja wie gesagt nicht so, und deshalb konnte, wer wollte, dann doch sitzen bleiben. Daraufhin verfolgten viele gespannt das Schauspiel weiter, nur wenige gingen. Es roch nach Buttersäure. Nachdem die Richterin sich fachkundig gemacht hatte, daß Buttersäure nicht so schnell verfliegt, wurde die Befragung des Faschisten auf einen späteren Termin verlegt und der Prozeß abgebrochen. Beim nächsten Termin ging dann endlich alles wieder geordnet vonstatten, und die Faschisten Pagels und Thaler durften in Ruhe reden.
Von diesen ZuschauerInnen würden wir uns kein Wort der Kritik über unkämpferisches Verhalten annehmen, wenn wir Angeklagte wären! Billiger geht's nicht!



Genauso sauer stößt uns auf, wie im 'Herzschläge'bulletin (sog. offizielles Blatt der UnterstüterInnen zum Prozeß) über den Prozeß berichtet wurde. War es früher schon nicht möglich die Redaktion zu einer eindeutigen Stellungnahmme gegen Bazdin und Erkan zu bewegen, so blieb dies auch jetzt wieder aus, nachdem beide einen Mann zum Mörder abgestempelt haben.
"Im Herzschläge-Bulletin (genauso in den vorrausgegangenen 'Herzschlägen') wird 'informiert', da wird nicht mit Meinungen Politik gemacht", so war der Standpunkt der Redaktion in der gesammten Zeit der Unterstützungsarbeit. Das bedeutete, daß viele Einschätzungen außen vor blieben (es sei denn es handelte sich um die eigenen) und daß Fakten unter den Tisch gekehrt wurden, die zu anderen Einschätzungen hätten führen müssen. Ergebnis war ein völlig seichtes Prozeßblättchen ohne jegliche Kritik am Verhalten irgendeines Gefangenen. Alle (inclusive der Verräter) sind unschuldige Opfer, die den Machenschaften des Staatsschutzes ausgeliefert waren. Das Verhalten der Angeklagten im Gericht wird z.B. wohlwollend als "Er ließ sich durch die Befragungen nicht aus dem Konzept bringen," und andere seriös klingende Nebensätze kommentiert. Wer das liest, weiß nichts von dem, was im Prozeß wirklich abgelaufen ist!

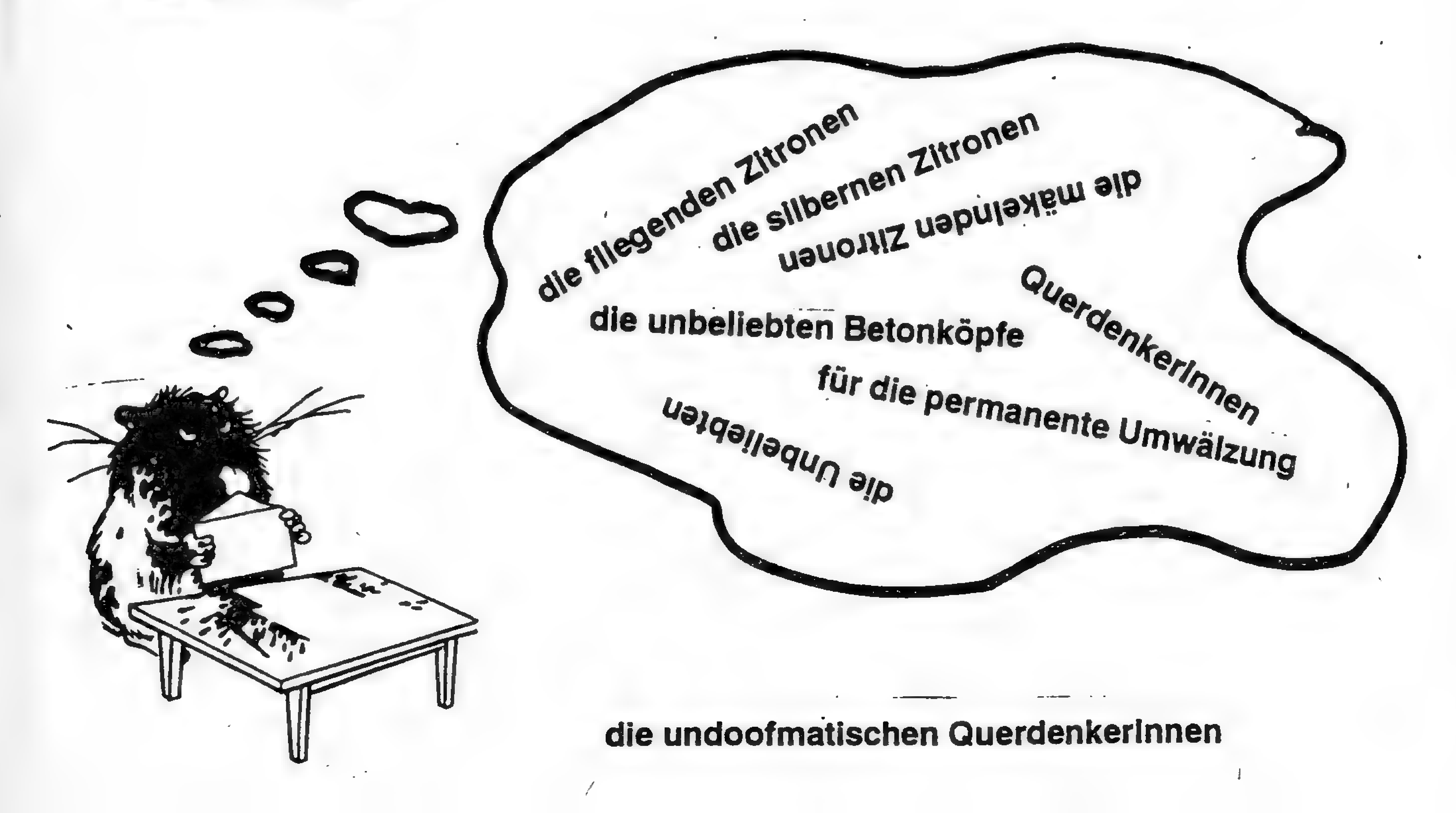
Zu den AnwältInnen

Dies soll nicht der Platz sein, die beteiligten AnwältInnen im einzelnen zu kritisieren ; wäre ein noch längeres Papier notwendig und darum geht es uns auch jetzt nicht. Wenn wir üh . was an diesem verschissenen Prozeß noch lehrreich und wissenswert für andere Frauen und Männer sein könnte, dann muß aber doch eine Passage zu AnwältInnen allgemein rein.

Festzuhalten ist, daß die 14 AnwältInnen einen gewaltigen Einfluß auf das hatten, was sich im Gerichtsaal abgespielt hat. Grundsätzlich waren es alles mehr oder weniger sog. Sceneanwälte. Es hat sich gezeigt, daß diese Frauen und Männer von sich aus kaum politische Kriterien im Kopf hatten (wie z.B. solidarisches Verhalten allen Beteiligten gegenüber) sondern oftmals nur ihren eigenen beruflichen Erfolg oder ihre/n eigene/n Mandantin bzw. Mandanten gesehen haben. Von daher können wir nur noch einmal eindringlich **warnen**, zu vertrauensseelig zu Anwälten zu sein! Sie sind in aller erster Linie JuristInnen, die ihr zu eurer Verteidigung engagiert. Einige mögen darüberhinaus noch FreundInnen oder Menschen sein, die ähnliche politische Vorstellungen wie ihr selbst habt. Aber verlaßt euch nie darauf!
Es gibt auch überhaupt keinen Grund, der Anwältin die 'Wahrheit' zu erzählen. So was legt nur eine bestimmte Version fest und versperrt ein Denken in alle möglichen Richtungen. Auch AnwältInnen haben's mit der Wahrheit! Wer unschuldig ist, verdient es rauszukommen, wer es nicht ist, verdient eine gerechte Strafe. Jede und jeder nach ihrer/seiner 'Tatbeteiligung'. Das sind nicht unsere Kriterien! Wir halten nichts davon, vor Gericht irgendeine Wahrheit aufdecken zu wollen!!
AnwältInnen können beraten, einschätzen, Vorschläge für eine Verteidigungsstrategie machen, **aber entscheiden müßt ihr**. Am besten nicht ihr allein, sondern gemeinsam mit welchen, die ihr gut kennt, denen ihr politisch vertraut.
Kontrolliert eure Anwälte! Lest euch durch, welche Briefe sie anderen Mitgefangenen schreiben, welche Plädoyers sie vor Gericht halten. Ihr entscheidet, was da zu eurer Entlastung und zu eurer Person gesagt wird, was anderen Gefangenen mitgeteilt wird,...
In diesem Prozeß haben fast alle AnwältInnen auf eine Aussagestrategie gedrängt und diese mit düsteren Prognosen über eine mögliche lebenslange Haft untermauert. Wir können nicht behaupten, daß die Prognosen totaler Schwachsinn waren, obwohl wir immer daran gelaubt haben, daß der 'gemeinschaftliche Mordvorwurf' so oder so vom Tisch kommen würde.
Anwälte sind keine Heilige! Wenn euch euer Anwalt eure Anwältin zu viel Scheiße baut, nehmt eine/n andere/n! Manchmal ist das schwierig, weil AnwältInnen sich generell nicht gerne in die Quere kommen, aber es geht.
Nur ihr allein müßt nachher verantworten, was bei eurer Verteidigungsstrategie rausgekommen ist. Ihr müßt damit leben, für eine/n AnwältIn ist es nur ein Job.

SOLIDARITÄT MIT DEN IMMER NOCH GESUCHTEN ANTIFAS!
ORGANISIERT DEN MILITANTEN WIDERSTAND GEGEN JEDE FORM VON HERRSCHAFT UND UNTERDRÜCKUNG !
FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE ZWANGSANSTALTEN!

Berlin, 17.11.94







PROZESSERKLARUNG

Während ich hier vor Gericht sitze, laufen die Morder von Wolfgang Grams frei und staatlich gedeckt draußen rum. Die GSG 9 hat Wolfgang mit einem gezielten Kopfschuß hingerichtet, weil das in dieser Situation ihrem Gruppenkodex entsprochen hat, aber in Bad Kleinen ist mehr geschehen, als daß ein RAF-Mitglied in Lynchjustiz liquidiert worden ist.

Durch die Tatsache, daß diese Aktion nachträglich in den politischen Staatshaushalt überführt wurde, ist sie die politische Antwort auf unseren Versuch 92 hier eine andere Entwicklung einzuleiten. Dieser Versuch ist niedergeschossen worden und das, was die Anklage hier in diesem Prozeß macht, ist Nahschußpolitik mit anderen Mitteln.

Wir alle haben in der zweiten Hälfte der 80iger Jahre gespürt, daß sich etwas gravierendes vollzieht, kaum faßbar aber klar, daß da etwas geschieht, das von unserer Analyse nicht erfaßt ist. Zuerst der Zusammenbruch des „Realsozialismus". Ereignisse von weltweiter Erschütterung, die so vorher niemand kannte; aber alle wußten, daß unsere Erkenntnis die Prozesse dieser Welt nicht mehr faßt. Und wir hatten zunehmend eine Ahnung davon, daß auch das kapitalistische System von diesen Erschütterungen nicht verschont bleibt; so hat sie der Zusammenbruch der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten - seit 1917 als Kriegs- und Endsiegparole ausgegeben - vor unlösbare Probleme gestellt, die den gesamten Zersetzungsprozeß beschleunigt haben.

Das einzige, was in dieser Umbruchsituation schnell erkennbar und einzuschätzen war, war die Tendenz ihrer Wirkung auf die Lebensgrundlagen und -bedingungen der Menschen in allen Kontinenten, nämlich daß die sowieso zugespitzte Situation, die zu diesen Umbrüchen geführt hatte, sich fast überall noch weiter verschärft. Bürgerkriege in der Welt um Raum, Nahrung, Wasser und andere Ressourcen; Millionen Menschen, die vor Krieg, Hunger und Armut auf der Flucht sind; Zerfallserscheinungen im Inneren, massenhafte Arbeitslosigkeit, materielle Armut, Obdachlosigkeit, soziale Entwurzelung von immer mehr Menschen, Ausweitung von Gewalt und Rechtsradikalismus - all das zeigt, daß der Kapitalismus nicht mehr funktioniert.

Die alte Gesellschaft zerfällt und was immer jetzt kommt, es ist eine andere Republik. In welche Richtung das gehen kann, daran ist in Bad Kleinen etwas aufgescheint. Für Sekunden war der Vorhang einer möglichen Zukunft aufgerissen. Es ist eine Gefahr und Bedrohung aufgeblitzt, der dann alle ausgesetzt sind, nicht nur Militante und Systemgegner. In Bad Kleinen hat der nach innen entgrenzte aggressive Staat agiert, der bis zur Vernichtungspolitik alles im Repertoire hat, was an Unterdrückungsmethoden möglich ist - die Wiederkehr der Vergangenheit, nicht in ideologischen Inhalten, aber in Absichten und Formen.

Das zumindest zu ahnen - denn Bad Kleinen war 1992 und nicht etwa 1977 im „Deutschen Herbst" - war wohl auch einer der Gründe, warum sehr viele GenossInnen aus dem linksradikalen Spektrum, aber auch viele aus den sogenannten „fortschrittlichen Kreisen" wie gelähmt waren. Der Aufschrei blieb aus und selbst die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission kam nicht zustande, weil es kaum inländische InteressentInnen gab.

Vielen Linken ist an Bad Kleinen ihre eigene Defensive und daß sie auf die gesamte Entwicklung keine Antwort haben, deutlich geworden. Und wie oft, wenn einem die eigene, ohnmächtig erscheinende Lage vor Augen geführt wird, haben sich viele reflexartig auf reale und vermeintliche Fehler und Schwächen anderer - in dem Fall von uns - gestürzt, anstatt sich zumindest gleichzeitig Gedanken darüber zu machen, wie dieser düsteren Zukunftsperspektive und realen Gefahr von unserer Seite aus begegnet werden kann; an welchen Fragen und Inhalten unsere Diskussion umorganisiert werden muß, damit wir Antworten darauf finden, mit welchen Bestimmungen und welchen Formen wir unsere Kämpfe führen müssen.

Am extremsten war dieser Reflex des um sich Schlagens in unserem Zusammenhang RAF/Gefangene, wo alles zu dieser „Spaltung" hinlief - mir fiel und fällt dazu oft ein Satz von Frantz Fanon ein: „Da nur der Feind übermächtig erscheint, zerfleischen sich die Unterdruckten gegenseitig". Nur diese Verhaltensmuster sind bekannt und die kann sich jeder Mensch bewußt machen, um sich nicht an einer sinnlosen und sinnentleerten gegenseitigen Zerfleischung abzuarbeiten und aufzureiben, sondern sich auf das Wesentliche zu konzentrieren (und auch um den eigenen Lebensinhalt und -bestimmung nicht zu verlieren), nämlich auf die Frage, wie wir hier, trotz aller Schwierigkeiten und gegenläufigen Tendenzen eine an den Menschen orientierte gesellschaftliche Entwicklung erkämpfen können.

Für mich war die Reaktion, die es nach Bad Kleinen in unseren eigenen Reihen gegeben hat, der letzte Beweis dafür, daß das alte vollständig aufgebraucht war und wir um neue Inhalte und Bestimmungen kämpfen müssen.

Die Ereignisse von Bad Kleinen sind in ihrem vollen Umfang und in ihrer Bedeutung nur zu verstehen, wenn sie im Zusammenhang der politischen Entwicklungen der Jahre vorher und der Entscheidung der RAF 92 zur Zäsur und Deeskalation betrachtet werden.

Ab etwa 89/90 hatten wir uns schwerpunktmäßig mit zwei Fragenkomplexen befaßt. Zum einen ging es darum, die globalen Umbrüche und innergesellschaftlichen Zerfallsprozesse hier zu verstehen; außerdem hatten wir in dieser Zeit angefangen, unsere eigene Geschichte und die Kernelemente unserer politischen Bestimmung bis dahin - unabhängig von der allgemein veränderten Situation - zu hinterfragen und auf Schwächen und Fehler hin abzuklopfen. Es war eine Zeit, in der wir um vieles, worin die RAF in ihrer Anfangsphase einmal stark gewesen war und was dann über lange Jahre im Aufreiben mit der Staatsmacht immer mehr verschüttet worden und verloren gegangen ist, argumentiert haben. Das betrifft die selbstkritische und möglichst undogmatische Reflexion unserer eigenen politischen Praxis; Offenheit gegenüber anderen; den Kampf um relative Identität zwischen Denken und Handeln, um neue Inhalte und Formen der Beziehungen der Menschen untereinander, oder um die Aufhebung von Strukturen, die Eigeninitiative und emanzipatorische Prozesse eher gelähmt statt vorangebracht haben.

In dieser Auseinandersetzung wurde uns klar, daß die Grenze, auf die wir mit unserem Kampf gestoßen waren, nicht allein aus den weltweit veränderten Bedingungen für Befreiungskämpfe erklärt werden kann, sondern daß diese Grenze auch mit Fehlern von uns zusammenhängt. Grundlegende politische Bestimmungen, wie die, daß sich unser Kampf über lange Jahre fast ausschließlich gegen die Strategien des Imperialismus und deren zentrale Bewegungen gerichtet hatte, haben sich als falsch erwiesen. Eine solch reduzierte Bestimmung kann, wenn überhaupt, allenfalls für ein kurze Übergangsphase richtig sein. Kämpfe, die langfristig an der Negation ausgerichtet sind, können auf Dauer keine Mobilisierungskraft entwickeln - ihnen fehlt das Moment des Aufbaus.

Mobilisierungskraft und die Chance eines Aufbaues einer relevanten Gegenmacht liegt vor im gleichzeitigen Aufbau einer politischen Kraft, die an der Realität im jeweiligen Land eine gesellschaftliche Alternative zur kapitalistischen Ausrichtung formuliert und erkämpft. Und natürlich gibt es auch hier unzählige Menschen, die spüren oder zumindest eine Ahnung davon haben, daß sie in dem ihnen aufgezwungenen Gesellschaftsmodell nicht so leben können, daß sie in ihrem Leben Befriedigung und tieferen Sinn finden. Daß die Linke bisher die Verbindung zu diesen Menschen, wenn überhaupt nur vorübergehend herstellen konnte, liegt daran, daß unsere Kämpfe nur selten über den Tellerrand des eigenen linken Ghettos rausgegangen sind, also keine gesellschaftliche Relevanz erreicht haben.

Wir brauchen hier den Aufbau einer Gegenkraft, einer emanzipatorischen Bewegung, die gegen den „Irrsinn des Kapitalismus, die Barbarei des globalen Marktes und die Verwertung von Mensch und Natur“ einen eigenen sozialen Sinn entwickelt und diesen an konkreten praktischen Fragen des Alltagslebens durchsetzt. Erst im Aufbau einer solchen Kraft, im Kampf ums eigene Leben, wird internationale Solidarität hier neu entstehen.

Aus den Anfängen dieser Diskussion haben wir 1990 - zögerlich und schrittweise - angefangen, unsere Initiativen auch als Kraft für die unmittelbare Durchsetzung gesellschaftlich richtiger und sinnvoller Entwicklungen zu bestimmen. Aber unser Kampf blieb isoliert. Eine gemeinsame Diskussion mit linken und fortschrittlichen Teilen der Gesellschaft darüber, die veränderten Ausgangsbedingungen für emanzipatorische Entwicklungen zu begreifen und eigene Vorstellungen zu entwickeln, kam nicht zustande.

Aus diesen Erfahrungen und der Erkenntnis, daß wir auf viele Fragen selbst keine Antwort haben und allein weder finden können noch wollen, weil der Entwurf einer politischen Gesamtvorstellung nicht allein Sache einer Gruppe, eines kleines politischen Zusammenhanges wie der RAF sein kann, haben wir Anfang 92 die Entscheidung zur Zäsur getroffen.

Für uns war es die Entscheidung, aktiv mit dem alten abzuschließen und dabei Subjekt zu bleiben.

Deshalb fanden wir die Vorwürfe, wir wollten „Heim ins Reich“, wie sie von Teilen der Linken gegen uns formuliert wurde, nur absurd. Darum ging es für niemanden von uns, sondern es ging darum, Sinn und Ziel unseres Aufbruchs, des Aufbruchs jedes und jeder Einzelnen und genauso des Aufbruchs der RAF überhaupt festzuhalten. Im Zentrum unserer Entscheidung für diese Zäsur stand, daß wir aus unseren eigenen Erfahrungen und denen anderer revolutionärer und fortschrittlicher Gruppen einen neuen Aufbruch für eine menschliche Entwicklungsrichtung organisieren wollten. Deshalb hatten wir unsere Erklärung vom April 92 mit dem Satz eingeleitet:

> „An alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann.“

Es ging für uns um den Übergang von einer Widerstandsform zu einer neuen. Dabei war uns wichtig, uns bewußt mit unserer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, um aus unseren Stärken und Schwächen der Vergangenheit Erkenntnisse für die Bestimmung zukünftiger Kämpfe zu ziehen. Es ging also nicht einfach darum, etwas altes abzuschließen, um etwas neues anzufangen, sondern darum, daß aus unserer damals 22-jährigen Anstrengung etwas bleibt, daß es Erfahrungen gibt, die wir bewußt mitnehmen wollen.

Gegen den Staat beinhaltet die Entscheidung zur Zäsur die Anstrengung um eine politische Lösung zu kämpfen, aus der für alle von uns ein Neuanfang möglich ist.

Nachträglich denke ich, es wäre in der Geschichte der RAF öfter notwendig gewesen, einen Schnitt zu machen.

Der Kampf braucht die Atempause, braucht das Moment der Besinnung, der Ortsbestimmung, auch im Zurückgehen, um aus dieser Perspektive seinen eigenen Prozeß neu zu verstehen. Daß wir das vorher nie gemacht haben, hängt zum einen mit einem reduzierten Verständnis über politische bzw. revolutionäre Bewegungsabläufe zusammen, aber das ist nicht alles. Die andere Seite ist, daß jede und jeder die Entscheidung, bewaffnet zu kämpfen, subjektiv wie objektiv in einer historischen Situation getroffen hat, in der wir einem Feind gegenüberstanden, der ein bis dahin unbekanntes Zerstörungspotential hatte und einzusetzen bereit war und den es aufzuhalten galt. Daran hat sich bis heute nichts Grundlegendes geändert, denn die Feindschaft dieses Systems gegenüber den Menschen und der Natur ist strukturell und solange seine Herrschaft fortdauert, wird es weltweit nie etwas anderes als Tod, Zerstörung und Elend produzieren.

Menschen, die für revolutionäre Umwälzungen kämpfen, brauchen außer Utopien von einer zukünftigen menschlichen Welt und der Bereitschaft, im Kampf für deren Errichtung alles zu geben, gleichzeitig auch einen kühlen Kopf. Sie dürfen sich und ihren Kampf nicht von immer neuen Verbrechen dieses Systems treiben lassen, sondern müssen bewußt immer wieder Phasen der Besinnung und Neubestimmung einlegen - das ist vielleicht das allerschwerste.

Die Krise des Kapitalismus, Massenarbeitslosigkeit, die keine vorübergehende Erscheinung ist, führt in einem Land, dessen Kultur den Lebenssinn von Menschen weitgehend auf „Arbeit“, Leistung, Konsum und die Anhäufung von Geld reduziert, zu Auflösungserscheinungen in der Gesellschaft. Für viele Menschen werden dadurch auch die letzten sozialen Kontakte abgeschnitten und ihre Vereinzelung noch weiter gesteigert. Das Lebensgefühl vieler Jugendlicher ist Langeweile und immer mehr Menschen fühlen sich ihrer Lebensperspektive und ihres Lebensinhaltes beraubt oder sehen diese bedroht. Und auch die „Freiheit“ zwischen Camel und Marlboro, ZDF und RTL, Kohl und Scharping wählen zu können, ersetzt nicht fehlenden Lebenssinn - zumindest nicht auf Dauer.
Die unmittelbaren Auswirkungen dieser Auflösungsprozesse sind bekannt, sie reichen von der Eskalation von Gewalt über massenhaften Konsum verschiedenster Drogen bis zu hin zu Freizeitbeschäftigungen wie S-Bahn-Surfing oder Extremsport, weil Menschen, die die sinnliche Erfahrung, daß sie leben, in ihrem Alltag oft nicht mehr machen können, diese im Kitzel der Todesgefahr bei solchen Beschäftigung erleben wollen.

In dieser gesamten Entwicklung liegen Gefahren, aber auch Möglichkeiten.
Die gesellschaftlichen Zersetzungsprozesse und die Entwurzelung vieler Menschen führt bei vielen, die aus dem kapitalistischen Gesellschaftsmodell rausgeschmissen oder zumindest an den Rand gedrängt werden zur Identitäts- und Lebenskrise.
Die alten Muster sind weggebrochen und neue sind noch nicht da. Es ist eine Art Leerstelle entstanden, die neu gefüllt werden muß und auch wird. Zur Zeit sieht alles danach aus, daß Linke und fortschrittliche Kreise in diesem Land vor dieser Anstrengung kapitulieren und das Feld den Rechten, von CDU bis Neonazis, überlassen, die angefangen haben, es mit nationalistischer und rassistischer Ideologie zu füllen. Inhalte, die vor einigen Jahren noch am rechten politischen Rand angesiedelt waren, sind heute in die gesellschaftliche Mitte gerückt - Menschen sollen ihre Identität zunehmend daraus ableiten „deutsch zu sein und weiße Haut“ zu haben. Und folgerichtig verurteilten Kohl und Kinkel die Verbrennungen türkischer Frauen und Kinder nicht mit ethisch-moralischen Begründungen, sondern damit, daß solche Angriffe den Profitinteressen deutscher Großkonzerne im Weg stehen. Es sind dieselben Interessen, in deren Namen die Bundeswehr nicht mehr verdeckt, sondern offen und offensiv zum Völkermord und zur Ausplünderung anderer Länder eingesetzt werden kann.

Was diese Entwicklung und das veränderte Klima in Deutschland für Menschen anderer Nationalität und Hautfarbe, die hier leben, bedeutet, schildert Memet Ramme, einer der türkischen AntifaschistInnen, die zur Zeit in Berlin vor Gericht stehen, sehr eindrücklich in seiner Prozeßerklärung.

> „Wir sahen unser Leben in Gefahr, unsere Würde bedroht. Wir sahen, daß der deutsche Staat uns nicht schützt. Immer mehr von uns beschlossen, den eigenen Schutz selbst in die Hand zu nehmen. (...) Wir haben ein Recht, uns zu wehren, ohne Beleidigung und ohne Angriffe auf unsere Gesundheit und unser Leben, hier zu leben.“

Seine Erklärung endet mit den Sätzen: „Nicht nur Skins und den organisierten Neonazis sollte der Prozeß gemacht werden. Auch die im deutschen Staat und in der Politik, die durch ihr Reden und Handeln in Deutschland dazu beigetragen haben, daß unser Leben bedroht und unsere Würde mit Füßen getreten wurde, müßten vor Gerichte gestellt werden.“

Trotz dieser Tendenzen und bedrohlichen Zukunftsperspektive ist über die zukünftige Entwicklung in diesem Land nicht entschieden. Diese Frage wird davon entschieden werden,

ob das linke und fortschrittliche Spektrum in der Gesellschaft aus seiner „Tod-Stell-Haltung“ ausbricht und anfängt, das eigene Ohnmachtsbewußtsein zu überwinden, um eine menschliche Zukunft zu erkämpfen.

Der Kapitalismus hat heute auf fast alle brennenden Fragen, die sich im nationalen und internationalen Rahmen stellen, keine Antworten. Diese fehlende Lösungskompetenz in Bezug auf die heute aktuellen Menschheitsprobleme ist ihnen durchaus bewußt - ob Hunger oder der drohende ökologische Kollaps, sie haben keine Antworten, weil jeder vernünftige und menschlich sinnvolle Lösungsansatz den Profitinteressen der Konzerne zuwider läuft und das Überleben des imperialistischen Systems in Frage stellt.
Was läuft, ist knallhartes Krisenmanagment, das je nach Weltregion in der Schärfe seiner Wirkung für die dort lebenden Menschen verschieden ist, aber überall die Lebensgrundlagen verschlechtert oder ganz zerstört. Die Bandbreite der Maßnahmen ist groß. Hier sind es Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Sozialabbau usw. Und in den armen Ländern im Trikont eskaliert es beispielsweise in der sogenannten „Bevölkerungsplanung“, die in ihren Auswirkungen systematischem Völkermord gleichkommt, damit die Menschen, die morgen als Flüchtlinge oder durch Befreiungskämpfe den Reichtum in den Metropolen bedrohen könnten, erst gar nicht geboren werden.

Dagegen brauchen wir den Aufbau einer gesellschaftlichen Kraft, die gegen diesen Wahnsinn aus Barbarei und Zerstörung eigene Vorstellungen und soziale Inhalte formuliert. Es geht dabei einerseits um die Erstellung einer politischen Gesamtvorstellung und zugleich um Basisarbeit, in der konkrete Schritte für die Lösung konkreter Probleme bestimmt und durchgesetzt werden.
Das heißt natürlich auch, sich die Lösungskompetenz für Probleme der verschiedensten Bereiche anzueignen - das betrifft die Frage nach der Bestimmung und Gestaltung menschlich sinnvoller und nützlicher Arbeit genauso wie beispielsweise ökologische Probleme oder die Gestaltung von Stadtvierteln.
Eine Kraft, die hier gegen die Kapitalinteressen eine solche Entwicklungsrichtung durchsetzen kann, kann nur von einer emanzipatorischen Bewegung entwickelt und aufgebaut werden; ich glaube, das ist eine der wichtigsten Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit, nicht nur denen der RAF, sondern den Fehlern fast aller linken Gruppen. Emanzipatorische Entwicklungen haben in vielen politischen Zusammenhängen über lange Zeit real nur eine untergeordnete Rolle gespielt und darin liegt wohl eine der Ursachen für den derzeitigen desolaten und defensiven Zustand der Linken, denn nur Menschen, die gelernt haben, frei und selbstbewußt zu denken und zu handeln, halten auch in Zeiten wie diesen an ihren Zielen fest.
Heute müssen alle von einem langfristigen Aneignungsprozeß ausgehen, in dem soziale Gegenmacht aufgebaut wird.
Für eine emanzipatorische Bewegung wird es darum gehen, gegenkulturelles Bewußtsein zu entwickeln und gesellschaftlich durchzusetzen und sie muß in der Lage sein, undogmatisch und schöpferisch ihren Weg zu suchen. Es wird darum gehen, gegen die „Kultur des Todes“ dieses Systems eine „Kultur des Lebens“ zu entwickeln, die jederzeit in den konkreten Zielsetzungen unserer Kämpfe sichtbar wird.

Anfang 92 stand für uns fest, daß Eskalation solche Aufbauprozesse nicht voranbringt. Im Gegenteil, die Konfrontation zuzuspitzen, hätte falsche Orientierungen gesetzt, denn automatisch wären unsere Initiativen wieder an der Negation ausgerichtet gewesen, weil es eine soziale Gegenbewegung, in die sie hätten eingebettet sein können, damals nicht gab und auch heute hier nicht gibt.
Allein die moralische Begründung, daß es angesichts der Verbrechen dieses Systems gerechtfertigt ist, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, ersetzt nicht revolutionäre Bestimmung. Denn die wichtigste Frage, nämlich die, wie wir in einer veränderten Welt eine menschliche Entwicklungsrichtung durchsetzen können, wird dadurch nicht beantwortet.
Aber genau darum geht es und deshalb haben wir 92 die Entscheidung zur Zäsur getroffen.
Ein Genosse von den Tupamaros beschreibt die strategische Ausrichtung, die unsere Kämpfe für die Umwälzung der Verhältnisse heute haben müssen: „Macht wird nicht erobert, sie wird aufgebaut.“

Die Linken und fortschrittlichen Teile dieser Gesellschaft haben heute eine besondere historische Verantwortung - es ist unsere Aufgabe und Verantwortung nicht nur gegenüber uns, sondern auch gegenüber den Völkern der Welt, zu verhindern, daß zum dritten Mal in diesem Jahrhundert Krieg und Zerstörung von unserem Land ausgeht.

Es sah nicht nur danach aus, es gab 92 in Fraktionen der Macht die Einsicht, daß nach Jahren ohne Fahndungserfolg und der Tatsache, daß sich die RAF, eben weil sie aus innergesellschaftlichen Konflikten kommt über mehr als 20 Jahre immer wieder erneuern konnte, es eine militärische Lösung dieses Problems für den Staat nicht gibt. Sie waren zu der Erkenntnis gekommen, daß es zu einer Entschärfung im Verhältnis RAF - Staat nur kommen kann, wenn sie bereit sind, politisch auf uns einzugehen.
Was Kinkel gemacht hat, war nicht einfach nur ein Trick. Natürlich war es nie etwas anderes als der Versuch, einen Gewinn für den Staat zu erzielen, aber wessen Seite politisch am meisten für sich rausgeholt hätte, das hätte nur ein entschlossener Kampfprozeß darum herausfinden können.
Abgebrochen wurde diese Bereitschaft, auf uns politisch einzugehen, nach dem sich mit Steinmetz die Chance für einen militärischen Schlag gegen uns aufgetan hatte. Hier setzen sich die wieder durch, für die alles andere als ein militärisches Sieg und die Vernichtung von Fundamentalopposition unerträglich ist. Wieder einmal hat der verengte Polizeiblick die Politik bestimmt.

Der Mord an Wolfgang war politisch nicht geplant, hätten sie das gewollt, wäre ihnen das in der Bahnhofsunterführung ein leichtes und ohne Zeugen möglich gewesen.
Aber dieser Mord ist später durch Kanther und Co. von der Politik übernommen worden. Sie wissen, was gelaufen ist. Seiters ist zurückgetreten, weil er von einer Hinrichtung ausging und wußte, daß das zu politischen Erschütterungen auch international führen kann. Das brauchte eine klare Konsequenz, nachdem sich durch öffentliche Falschangaben der BAW und systematische Spurenvernichtung gezeigt hat, daß der Apparat diese Tat reflexartig vertuscht und gar nicht daran denkt, die Wahrheit zuzulassen.
Kanther ist gekommen und hat den Mord in den politischen Staatshaushalt übernommen. Aus der Staatskrise und der Krise der Apparate hat er einen Machtzuwachs für das Innenministerium organisiert. Er hat die Stunde genutzt, um die Verpolizeilichung der Innenpolitik voranzutreiben. Seine Disziplinierung des Apparats - vor dem sich Seiters machtlos fand - hatte nicht den Zweck, in Zukunft Mordaktionen zu verhindern, sondern sie hatte den Zweck sicherzustellen, das zukünftig solche Aktionen der politischen Führung und Bestimmung des Innenministeriums unterliegen.
Nicht der Mord war das Problem, das Problem war, daß untere Chargen eigenständig und unkontrolliert darüber entscheiden und damit Folgen bis hin zur Staatskrise lostreten. Kanther hat sich hinter diese Aktion gestellt, weil er über die Option verfügen will.
Deswegen konnte auch niemand von der eingesetzten GSG 9 Gruppe belangt werden, wurde nur die Struktur in den Führungsetagen umgruppiert und besuchte Kohl schließlich seine Mördertruppe in der gleichen Absicht, in der früher der Henker zu Staatsveranstaltungen eingeladen wurde: um sich hinter sie zu stellen und zu sagen, daß die Politik sie decken wird.
Was vorher eine Einzelaktion war, gehört nun zur organisierten verfügbaren Potenz des Innenministeriums. Die alte deutsche Tradition von „auf der Flucht erschossen“ wird ergänzt um die Variante „Selbstmord bei Verhaftung“. Solche Aktionen kennt die Welt der Gegenwart unter anderem von der britischen SAS oder den türkischen Militärs.

Der Staat schafft sich für die Zukunft seine extralegalen Apparate und damit ist nichts gelegt als die Kernstruktur für abrufbare Todesschwadrone.
Wieweit diese Rolle heute schon im Apparat, also im Bewußtsein von Mitgliedern zum Beispiel solcher Spezialeinheiten wie der GSG 9 verankert ist, zeigt die Tatsache, daß sie sich in Bad Kleinen durch die Öffentlichkeit, also die Zeuginnen und Zeugen, die die Hinrichtung von Wolfgang beobachten konnten, nicht stören ließen. Der Corpsgeist solcher Spezialeinheiten verlangt von ihren Mitgliedern, daß sie im Fall des Todes einer ihrer Leute denjenigen töten, der aus ihrer Sicht dafür verantwortlich ist: in Bad Kleinen war es vermutlich der „Rudelführer“, der Wolfgang erschossen hat - dafür sprechen zumindest viele Indizien.

Dieser Corpsgeist ist auch der Politik bekannt. Die Killer haben darauf vertraut, daß sie gedeckt werden und sie wurden gedeckt. Und auch der Polizist, der ein Jahr später Halim Dener, einen kurdischen Jugendlichen, der in Hannover Plakate geklebt hatte, durch einen Schuß in den Rücken ermordet hat, kann sich der Rückendeckung durch die Politik sicher sein. Diese Struktur, die inzwischen längst hinter der heute noch nützlichen rechtsstaatlichen Fassaden lauert, sollte Jede/r registrieren, auch die, die zu diesem System stehen und deren Gesellschaftsutopie ein reformierter Kapitalismus ist. Hinter der Fassade organisiert sich schon längst wieder neue staatliche Barbarei.

Wir haben eine Entwicklung in eine andere Richtung gewollt. Deshalb kam 92 unser politischer Versuch, der dann gegen diese militärische Linie aufgelaufen ist.

Für uns hat sich viel verändert. Der Bruch in den eigenen Reihen und die Unfähigkeit, eine politische Spannung auszuhalten, haben die in Apparat und Politik gestärkt, die ihre Vernichtungsphantasien befriedigt sehen wollen. Wir sehen das ganz nüchtern - aber wir wußten auch von vornherein, daß der Kampf so enden kann.
Insoweit haben wir nichts zu verlieren. Wer das weiß, hat auch seine Ruhe vor dem, was kommen kann und versucht, sich trotzdem dagegen zu stellen.
Der Kampf für eine menschliche Zukunft, für eine Welt ohne Herrschaft, in der Menschen frei und nach ihren eigenen Bestimmungen leben können, steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Umkehrung der gesellschaftlichen Entwicklung ist also das, worum gekämpft werden muß.

Die, die denken, sie hätten uns in der Sackgasse, sollten sich nicht zu früh freuen. Sie sollten wissen, daß wir um uns selbst kämpfen werden. Es wird keine Rückkehr zur alten Strategie als politisches Konzept geben, aber wir haben unser Recht auf Selbstverteidigung.

Ich glaube nicht, daß wir nun widerstandslos unserer Vernichtung zusehen und ich möchte, daß sich alle über unsere Zukunft Gedanken machen.

Birgit Hogefeld

15.11.1994



Fahrt zur InnenMinisterKonferenz nach Magdeburg !

Keine Abschiebungen von Deserteuren und Kriegsflüchtlingen ins ehemalige Jugoslawien !

Seit wenigen Wochen fliegen deutsche Fluglinien wieder nach Belgrad. 15 000 hier in Berlin lebenden Flüchtlingen und Deserteuren droht die Abschiebung ins ehemalige Jugoslawien. Sie kommen aus Serbien, Kosovo, Vojvodina, Sandzak, Montenegro und Kroatien. Bei Rückkehr drohen ihnen langjährige Gefängnisstrafen, Zwangsrekrutierungen, soziale Ächtung, ethnische und politische Verfolgung, soziales Elend. In die Wohnungen der in die BRD Geflüchteten sind in der Regel durch staatliche Stellen Binnen-Flüchtlinge eingewiesen worden. Die ärztliche Versorgung ist nahezu zusammengebrochen.

Die betroffenen Flüchtlinge und Deserteure fordern
ein weiteres Bleiberecht
bis ihre Sicherheit im Herkunftsland garantiert ist.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, werden die Flüchtlinge - bundesweit -am 25.11.1994 zur InnenMinisterKonferenz nach Magdeburg fahren.

!!!! Dazu brauchen sie dringend deutsche Unterstützung !!!!

Wir organisieren die Busse und die Busfahrt von Berlin aus dorthin.

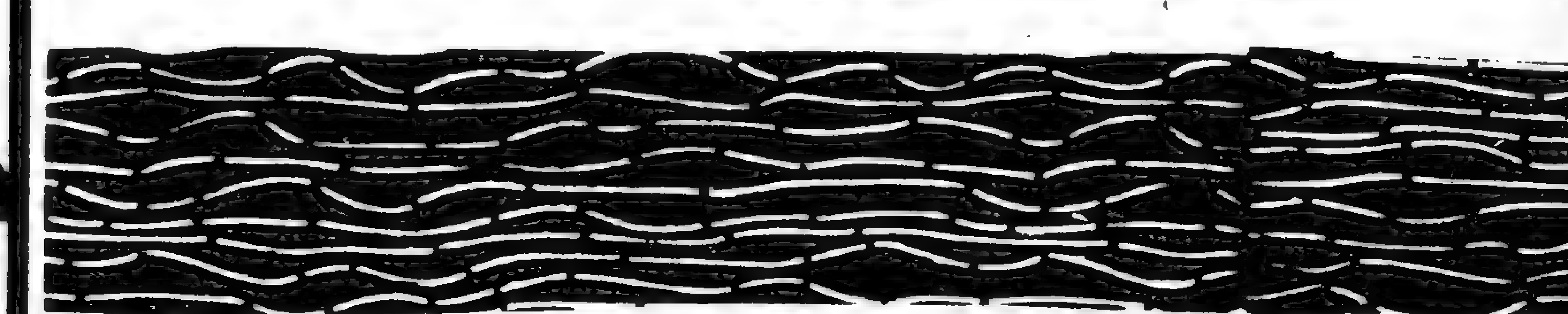
Meldet Euch frühzeitig telefonisch bei uns an: ***785 72 81***

Freitag	14.30	-	17.30 Uhr
Montag	17.30	-	21.00 Uhr
Dienstag	16.00	-	19.00 Uhr

Treffpunkt in Berlin: Nostizstraße 6-7, Gemeindehaus "Heilig-Kreuz-Gemeinde", U-Bahn: "Mehringdamm" oder "Gneisenaustraße",
am ***25.11.1994 um 5.30 Uhr morgens !!***

Treffpunkt in Magdeburg: Parkplatz am Theater am Jerichower Platz um ***8.30 Uhr***
Die InnenMinisterKonferenz tagt ca. 10 Minuten entfernt.

Bundesweite Unterstützung von PRO ASYL und anderen Flüchtlingsgruppen



Gelbe-Punkt-Aktion:Wir verkaufen keine Nazizeitungen

Wir setzen die Inhalte von Zeitungen wie Deutsche Nationalzeitung,Deutsche Wochenzeitung und Junge Freiheit als bekannt voraus.Ebenso denken wir,daß die verschiedenen Kampagnen und Aktionsformen,die es gegen Kioske,die Nazi-Zeitungen verkaufen,gegeben hat und noch gibt(siehe Veranstaltungshinweis) bekannt sind.
Wir,mehrere örtliche Antifa-Gruppen aus Berlin,hatten bei der "Durchforstung" unseres Kiezes aber nicht nur die Kioske im Kopf,die besagte Nazi-Zeitungen verkaufen,sondern auch die,die das nicht machen.
Wir haben deshalb(analog zu der schon bestehenden Aufkleber-Aktion an Kneipen und Restaurants "Wir bitten Schutz vor rassistischen Übergriffen)einen "Gelben Punkt"(Durchmesser:20cm)mit dem Aufdruck:"Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen" entworfen.Der Aufkleber ist von innen an der Fensterscheibe zu befestigen und soll bewirken,daß Zeitungsläden/Kioske ihre Praxis,keine Nazi-Zeitungen zu verkaufen,für die Kundschaft deutlich sichtbar machen und so ein Zeichen setzen gegen die zunehmende Verbreitung von rechtsradikalem und faschistischen Gedankengut.
Also Leute,nehmt Einfluß.Kauft bewußt bei Gelbe-Punkt-Kioske,nervt die anderen mit den Nazi-Zeitungen und überzeugt die Neutralen,sich einen Gelben Punkt an ihren Laden zu kleben.Hierbei ist die Angst einiger Kioskbesitzer/innen vor Repressalien durch Rechte durchaus ernst zu nehmen:Einem Kiosk mit Aufkleber wurde schon von Rechten gedroht,"daß was passieren würde,wenn dieser Aufkleber nicht verschwindet..."

Der Aufkleber kostet 1.-DM(in Briefmarken und dazu noch bitte Porto!!!) und kann zusammen mit je einem Flugblatt über den Gelben Punkt,der Nationalzeitung und der Jungen Freiheit bestellt werden bei:

Antifa-Café Wedding
Fabrik Osloer Str.12
13359 Berlin

Veranstaltungshinweise:

Kiezradeln gegen Nazi-Zeitungen

Wir laden ein zum Kiosk-Outing

Zeit:26.11.94 10.00 Uhr Ort:U-Bahnhof Leopoldplatz(an der Kirche)
Zeit:26.11.94 10.00 Uhr Ort:U-Bahnhof Kottbusser Tor

Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen

Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen

Was bezweckt die Gelbe-Punkt Aktion?

- *Die Gelbe-Punkt-Aktion soll ein Zurückdrängen von rechtsradikalem und faschistischen Gedankengut bewirken:*

Zeitungen, wie die "Deutsche Nationalzeitung", die "Deutsche Wochenzeitung", die "Junge Freiheit" oder "Criticon" hetzen gegen Flüchtlinge und betreiben "Geschichtsrevisionismus": Darunter versteht mann/frau die Verharmlosung deutscher Geschichte und die Leugnung der nationalsozialistischen Verbrechen an Millionen von Juden und Jüdinnen, an Nichtdeutschen und anderen Menschen, die nicht dem Ideal der "Herrenrasse" entsprechen. Diese Geschichtsverfälschung der Neuen Rechte hat zum Ziel, aus den Schatten der Geschichte herauszutreten und damit ihre Gedanken und Ideologien wieder etablieren zu können (z.B. die Rückeroberung der "deutschen Ostgebiete", Tötung "unwerten Lebens", Führerprinzip und eine moderne Form von Herrenrassentheorie).

- *Die Gelbe-Punkt-Aktion soll in ganz kleinem Rahmen ein Eingreifen und Handeln jeder Einzelnen und jedes Einzelnen bewirken:*

Es geht nicht mehr an, daß wir auf die zunehmende Verelendung großer Teile der Bevölkerung, der Brutalisierung und des Rechtsruckes mit dem üblichen Jammern reagieren, daß ja alles keinen Sinn hat und daß wir sowieso nichts machen können und uns bestenfalls damit begnügen, alle vier Jahre (neuerdings ja auch öfter) ein Kreuzchen zu machen.
Es geht auch nicht mehr an, eine Meinung zu haben, die nicht nach Außen vertreten wird.

Denn: "Wer schweigt stimmt zu!" - **Es ist also höchste Zeit, Farbe zu bekennen....**



Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen



Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen

Informationen zum gelben Punkt:
"Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen"

Für wen ist die Gelbe-Punkt-Aktion?

- *für alle Kiosk- und ZeitungsládenbesitzerInnen und das dort arbeitende Personal:*

Sie können mit dem Aufkleber an ihrem Laden eindeutig für jedermann/frau sichtbar Stellung beziehen: Wir machen nicht mit bei der Verbreitung von rechtsradikalem Gedankeigut; denn wir verkaufen diese Zeitungen nicht!

- *für alle KundInnen von Zeitungsläden und Kiosken:*

Fragen Sie an Ihrem Kiosk nach der "Jungen Freiheit", "Nationalzeitung" oder "Deutsche Wochenzeitung". Wird dort eine oder mehrere dieser Zeitungen verkauft, sprechen Sie mit dem Verkäufer oder der Verkäuferin. Diese Zeitungen müssen nicht verkauft werden. Informieren Sie Ihren Verkäufer oder Ihre Verkäuferin über diese Gelbe-Punkt-Aktion. Sollten diese Zeitungen dann weiterhin verkauft werden, setzen Sie Ihre Kaufkraft bewußt ein, suchen Sie sich einfach einen anderen Stammkiosk, der diese Zeitungen nicht verkauft.

Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen

Wir verkaufen keine Nazi-Zeitungen

Die Polizei  **bittet um Mithilfe.**

BKA

Zivilliste; Stand 11/94

Terroristen

Kennz. alle B-...	KfZ-Typ, Merkmale	Ort	Zeit	Besonderes Vorkommnis
A 1786	VW-Bus, rot	36	10/93	
A 6393	VW-Golf, rot,4-türig	36	7/94	
A 6749	VW-Jetta, rot	Plötze	4/94	Objektschutz&Kontrolle 20.4
A 9746	Audi 100, du.blau	O-Berl.	7/93	Fascho-Angriff/Schliemann-22
AD 1652	Opel Rekord, du.rot, alt	44	10/93	
AE 2498	Opel Vectra, silbermet.	61	9/94	Graefe/Ecke Hasenheide bei BKA-geführter Aktion gegen angebliche Abu Nidal-Personen i.d. Graefestr.
AJ 5013	.?. Kombi, blaumet.2 Ant.	36	8/93	
AK 2734	Opel Vectra, du.blau	36,61	2/94	
AK 6544	DB-Kombi, hellgrün	36	4/93	
AT 6091	Opel Vectra, blaumet.	36,44	92-94	
AU 9546	VW-Bus, rot	42	7/93	
AV 477	Opel Rekord, blau	36	3/94	
AV 1743	Mazda,626, rot, Obs.	36	9/93	Observation der Oranien-5 16.-17.9.93
AV 6725	Opel Ascona, grau	36	7/92	
AZ 981	VW-Passat, weinrot	21	12/93	
AZ 4726	VW-Bus, grün	36	6/94	
AZ 7026	VW-Golf, du.graumet.	36	9/94	
C 2078	Audi 80, du.blau	36,44	93-94	u.a. 1.Mai`93 am Halk Evi S-Bhf-Putlitzbrücke
CA 1502	VW-Golf, blau	21	6/94	
CM 4275	VW-Bus, weinrot	61	9/94	Graefestr.(zwischen Urban-&Hasenheide), bei BKA-geführter Razzia gegen angebliche Abu Nidal-Pers.
CN 2712	DB, schwarz, hinten 2 Ant.	36	6/93	VS o.ä.
CT 347	VW-Bus, beige	36	4/93	
CX 2697	Opel Rekord, grün	21	6/94	Razzia Rathenower Str./Moabit
CZ 8537	VW-Golf, du.rot	36	10/94	
DC 8084	Opel Kadett, alt, rot	36	11/94	
DD 384	DB 190er, grau	36	2/94	Razzia Teestube/NKZ 17.2.94 OG SO 36-"Kraft"
DE 2734	Opel Omega,.?.met.	44	7/94	
DE 8354	VW-Passat, silbermet.	36,44	6/94	
DE 8620	VW-Golf, du..?.	36	9/93	
DE 9243	Opel Omega, rot	36,44	9/92	
DJ 384	VW-Passat, anthrazit	36	2/94	OG SO 36-"Kraft"
DJ 2483	Opel Kadett, rot	36	93-94	
DJ 9415	VW-Passat (?), olivgrün	36	8/94	
DK 590	Opel Rekord, mittelblau	36	5/92	
DL 9746	Lada, grün (?)	21	4/94	Objektschutz Putlitzbrücke 20.4.94
DN 1802	VW-Passat, rot	O-Berl.	5/94	1.Mai`94 in Treptow
DR 7391	VW-Bus, blau	36	10/93	
DR 9534	Ford Scorpio Kombi,weinrot	36,21	93-94	
DT 2914	Ford Scorpio, weinrot	.?.	2/94	
DU 204	Opel Vectra, du.blau	61,44	6/93	
DV 4082	VW-Passat Kombi, rot	36	6/94	
DW 6452	VW-Golf, du.grau	.?.	3/94	
E 9054	VW-Passat, du.rot	44	1/93	
EA 285	VW-Bus, blaugrün	O-Berl. & 62.	5/94	1.Mai Treptow
EH 8642	VW Bus, rot	36	8/94	
EV 597	VW-Golf, blau	O-Berl.	7/93	Fascho-Angriff/Schliemann-22
EZ 407	Opel Omega, du.grün	O-Berl.	7/93	Fascho-Angriff/Schliemann-22
EZ 496	Opel Omega, du.blau	O-Berl.	8/94	13.8.Demo/Prenzlberg
H 1591	Opel Rekord, mittelblau	61.	7/93	

Kennz. alle B-...	KfZ-Typ, Merkmale	Ort	Zeit	Besonderes Vorkommnis
H 9838	Opel Vectra, du.graumet.	36	8/94	
HC 1667	Ford .?., grün	36	2/94	
HX 4302	Opel Omega, mittelblau auf Heckscheibe "PIONEER"	44,36	93-94	
HZ 342	Opel Omega Kombi, silber	44,36	93-94	u.a. Observation von KurdInnen i.d. Oranstr. 11/93
JC 247	VW-Passat (?) Kombi,du.blau	36	11/93	
JS 780	VW-Polo, alt, rot-orange	44	1/94	
K 1328	VW-Jetta/Venta, du.blau	36	93-94	
K 1576	Opel Omega, schwarz	36	5/92	
KL 787	DB, hellblau	36	8/94	
KL 9774	Opel Vectra,	44	5/94	
KT 4553	VW-Passat, weinrot	61	5/94	
LN 116	VW-Passat Kombi, silber	36	7/94	
LP 478	DB Kombi, grünmet.	36	?/93	Observation
LU 526	BMW, du.blau	36	9/94	Durchsuchung der A-6
M? 732	VW-Passat, silber		2/94	
M 6357	VW-Jetta, weiß	O-Berl.	7/93	Fascho-Angriff/Schliemann-22
M 8714	Opel Omega/Senator	36	?/93	Durchsuchung der A-6
ML 195	Opel Omega-/Ford Kombi, du.grau	36	10/93	
N 2397	Opel Vectra, du.blau	44	12/93	
N 6908	Ford .?., blau	?	11/93	
N 8485	VW-Passat CL, rot	36	11/94	
NE 3227	Opel Vectra, weinrot	?	1/94	
NH 674	VW-Passat Kombi, rot	36	7/94	
NJ 206	Ford Scorpio, anthrazit	36	7/94	
NJ 5317	VW-Passat, rot	36	9/94	
NL 9407	Opel Vectra, blaumet.	44,36	93-94	
NN 1682	Audi 100, hell.?.	O-Berl.	11/93	
NR 7342	VW-Passat Kombi, .?.	O-Berl.	1/94	Obs. Brunnenstr.6-7
PW 870	VW-Bus, grau	36	7/94	
PZ 489	Opel Vectra/Omega, silber	?	?/94	
R 8317	?, weiß	21	6/94	Razzia Rathenowerstr. am 14.6.94
RL 789	VW-Golf, beige	36	5/92	
RU 254	VW-Bus, blau	36	2/94	OG SO 36-"Kraft"
SJ 641	Opel Ascona, du.grün	61	9/94	Graefestr.(zwischen Urban-&Hasenheide), bei BKA-geführter Razzia gegen angebliche Abu Nidal-Pers.
SK 264	Opel Vectra, du.blau	61,44	2/94	
SM 699	Opel Rekord, beige	36	8/92	
SP 512	Opel Omega Kombi, .?.	36	?/94	
SZ 591	Ford Scorpio, du.rotmet.	36&O-Berl.	8/94	13.8.Demo/Prenzlberg z.B.
T 2041	Ford Scorpio Kombi,blaumet.	O-Berl.&36	2/94	
TK 482	VW-Passat Kombi, du.rot	36	12/93	
TM 524	VW-Passat, du.grün	36	2/94	
TW 353	Audi 80, alt, olivgrün	36,44	9/93	u.a. Observation der Oranien-5
U 4132	VW-Passat Kombi, rot	O-Berl.	8/94	
UA 238	Ford Scorpio, du.rotmet.	36&O-Berl.	7/94	
UH 365	VW-Passat/Venta, du.rot	61	2/94	
UK 410	Opel Ascona, du.grün	O-Berl.	7/92	
UT 210	Opel Vectra, du.blau violett	36 44	92-93 10/93,1/94	St.Pauli-Hertha
VK 572	Opel Rekord, schwarz	61	9/94	Graefestr.(zwischen Urban-&Hasenheide), bei BKA-geführter Razzia gegen angebliche Abu Nidal-Pers.
VL 176	Opel Rekord, mittelblau	44	1/94	
WL 645	VW-Bus, goldmet.	36	?/93	
WP 203	VW-Bus, blau	36	8/94	Durchsuchung der A-6
WX 740	VW-Bus, weinrot	36	90-94	
X 3548	VW-Golf, du.blau	44	6/94	
X 4327	VW-Bus, weiß, alt	36	10/94	
XE 537	VW-Passat, silbermet.	O-Berl.	5/94	1.Mai Treptow
XM 817	VW-Passat Kombi, grau	36	2/94	OG SO 36-"Kraft", Razzia Teestube/NKZ 17.2.94
XV 827	Opel Vectra, du.blau	36	93-94	
YK oder ?K 739	Opel Kadett, weiß	?	3/94	
Z 3549	VW-Golf, du.blau/grün	36	11/93	
ZC 479	Ford Scorpio, anthrazit	36,44	7/94	
ZZ 903	Audi 100, du.braun	.?.	11/93	
ZT 917	VW-Jetta, grau-grünmet.	O-Berl.	7/93	"Otter 276", Marzahn
ZX 140	VW-Passat, grau	36	10/93	
P-DV 68	Ford Kombi, hellblau	O-Berl.	5/94	1.Mai Treptow
				Eure Autonomen Wanzen.

Diese Personen sind dringend verdächtig, schwere Straftaten begangen zu hab
Ergreifung der Beschuldigten führen, sind für jede Person Belohnungen bis zu

50 00

ausgesetzt. Weitere hohe Summen sind für die Ergreifung bestimmter Straftater
teilt auf Wunsch das Bundeskriminalamt Wiesbaden. Tel. 06 11 / 55-1 oder 01 30

Belohnungen werden unter Ausschluß des Rechtsweges zuerkannt und verteilt
strafbarer Handlungen gehört.

Jedem Hinweisgeber steht es frei, bei der Übermittlung von Hinweisen und be
damit den Behörden gegenüber völlig anonym zu bleiben. Bei Hinweisen an St
seines Vertrauens Vertraulichkeit zugesichert werden: dies gilt auch für Persone

Vorsicht Schußwaffen!





Hinweise an jede Polizeidienststelle.

Informationsblatt der Koordination der Nicht-Regierungs-Organisation für den Frieden (CONPAZ)

Dieses Informationsblatt enthält die Vorfälle in Chiapas von Mitte September bis zur ersten Oktoberwoche. Wir wollen, soweit es uns möglich ist, über die wichtigsten Aktionen informieren, unsere Bezugsquellen sind unter anderen die Tageszeitungen „La Jornada" und „El Tiempo" und einige lokale Radiostationen.

Aktionen des zivilen Widerstandes

Am 10. und 11. Oktober 1994 versammelte sich das Kollektiv der Vorsitzenden der nationalen demokratischen Konvention und arbeitete folgende Themen aus:

1. Aufbruch zur Demokratie
2. Den Aufbruch zur Demokratie mit friedlichen Mitteln, Wahlen, ziviler Widerstand und die Verteidigung des Volkswillens.
3. Die Verwirklichung eines Projektes, was den Bedürfnissen des Volkes entspricht nach dem 11-Punkte-Plan der EZLN:[4] Wohnraum, Land, Erziehung (Schulbildung), Arbeit, Gesundheit, Lebensmittel, Unabhängigkeit, Gerechtigkeit, Demokratie, Freiheit und Frieden.
4. Ein Projekt für einen neuen konstitutionellen Kongreß.
   (El Tiempo, 24.9.94 und La Jornada, 10.10.94)

Auf den Ländereien „El Barral" und „La Concordia" nahmen eine Gruppe von Bauern elf Angestellte der SARH und sieben Angestellte von Cometra gefangen, um sie zu zwingen, die versprochenen Kredite von Procampo zu zahlen. Nachdem die SARH den 400 Bauern 2.787.000 neue Pesos übergab, wurden sie wieder freigelassen. Eine ähnliche Aktion wurde in Chiapa de Corzo und Tapachula durchgeführt (El Tiempo, 24.9.94).

Bauern der OPEZ[1] und der OCEZ[2], beides Mitglieder des unabhängigen CEOIC,[3] blockierten insgesamt an drei Kreuzungen eine Straße in der Nähe von Comitan, um die Freilassung 4 Gefangener Companeros und die Aufhebung der Haftbefehle gegen 30 Bauern dieser Organisation zu fordern (La Jornada, 22.9.94).

Am 25. September gab es das erste Treffen aller Organisationen der Indigenas und Bauern von Ocosingo, daran nahmen 14 verschiedene Organisationen teil. Sie wiederholten, daß sie Amado Avendano der PRD unterstützen und erklärten gleichzeitig, daß sie nicht für die PRI gewählt haben, die sich seit 65 Jahren über das Volk lustig macht und es ausbeutet. Sie nahmen sich vor, mit friedlichen Mitteln für die Demokratie und eine neue Konstitution zu kämpfen (La Jornada, 26.9.94). Während dem 1. und 2. Oktober wurde in San Cristobal de las Casas die zweite Konvention der Frauen veranstaltet, an der mehr alsd 600 Frauen aus ganz Mexiko teilnahmen. Sie forderte die Bestrafung der Täter, die in San Juan Chamula eine Minderjährige vergewaltigt hatten. Außerdem sollen Freiräume geschaffen werden, um gegen das patriarchale System und die autoritären Strukturen ankämpfen zu können. Auch soll in den einzelnen sozialen Sektoren für die speziellen Forderungen wie ihre ökonomischen, politischen, soziale und kulturellen Rechte gekämpft werden. Auch folgen sie dem Programm der nationalen demokratischen Konvention (La Jornada, 2.10.94, 3.10.94). In Chalchihuitan und Soyalo wurden von einigen Bauern die Rathäuser besetzt, um die Absetzung der Ortsvorsteher zu fordern. Sie werfen ihnen vor, korrupt zu sein, und keine Arbeiten zum Wohl der Bevölkerung durchzuführen (La Jornada, 9.10.94). Am 10. Oktober begannen Bauern aus der Grenzregion, den Bergen und dem Zentrum einen Marsch, um sich mit den aus Ocosingo, Palenque, Tila, Chilon und anderen aus dem Norden kommenden Bauern an dem Kontrollpunkt „Rancho Nuevo" in San Cristobal de las Casas zu treffen. Sie zogen in San Cristobal ein und gedachten des 502. Jahrestages des Widerstandes der Indigenas, Schwarzen und des Volkes. Der andere Teil der Bauern kam aus Tuxtla, Bochil, Simojovel, etc., um sich an einem anderen Kontrollpunkt zu treffen, um von dort aus nach san Cristobal aufzubrechen. Am gleichen Tag blockierte eine Gruppe von Bauern die Straße in der Höhe der Ortschaft San Felipe Ecatepec und forderten die Freilassung festgenommener Companeros. Ein anderer Teil der Bauern kam aus Richtung San Juan Chamula nach San Cristobal, insgesamt zogen 25.000 Bauern durch die wichtigsten Straßen der Stadt, protestierten gegen den Wahlbetrug und für die Anerkennung

---

[1] Organizacion Proletaria Emiliano Zapata

[2] Organizacion Campesina Emiliano Zapata

3 Coordinacion estatal de organizaciones indigenas y campesinas (Koordination der indigenen und Bauern org.)

4 EZLN: ejercito zapatista de liberación nacional

Amado Avendanos als Landesregierenden. Sie beendeten ihren Demonstrationszug mit einer Kundgebung vor dem Rathaus (Radio Xewm SCLC).
Die unabhängige Wahlkomission von Chiapas (PEPCH Procuraduria Electoral de Pueblo Chiapaneco) informierte, daß bisher allein im Wahlkreis von Palenque während den wahlen 257 Anomalitäten gemeldet wurden (La Jornada, 20.9.94).
In einigen Orten wurde berichtet, daß Guatemalteken gewählt hatten (La Jornada, 27.9.94).

Aktionen gegen den Widerstand durch Regierung und andere Gruppen der Mächtigen:
Mitglieder der durch die Konvention[1] gewählten Wahlkomission berichteten, daß am 18. September, als sie die Wahlergebnisse prüften (ca. 2.000 Personen anwesend) zwei Militärs in Zivil versuchten, die Leute einzuschüchtern. Sie machten Fotos und notierten sich die Kennzeichen einiger Autos, und, als sie aufgefordert wurden, sich auszuweisen, bedrohten sie die Leute mit ihren Pistolen. Daraufhin wurden sie zusammen mit einem Angestellten des Rathauses von den Anwesenden gefesselt (El Tiempo, 20.9.94).
Die Union der Viehzüchter von Chiapas (La Union Ganadera Regional de Chiapas) schickte dem Präsidenten Carlos Salinas eine Karte, in der sie sich beschweren, gegen die Landbesetzungen werde nicht genügend eingeschritten.
Mittlerweile gibt es 558 besetzte Grundstücke, das sind ca. 68.000 ha Land. Die Viehzüchter fordern die Intervention des Militärs, da die örtlichen Autoritäten wohl nicht fähig wären, das Chaos zu beseitigen (La Jornada, 20.9.94).
Am 21. September fand eine Konferenz über die Wiederherstellung des Friedens in Chiapas statt, an der auch Bischof Samuel Ruiz Garcia teilnahm. Die zivile Front San Cristobals (El Frente Civico San Cristobalense) forderten mit Transparenten und Drohungen den Rausschmiß von Samuel Ruiz aus Chiapas und beschimpften den Repräsentanten der Friedenskomission der Regierung Jorge Madrazo Cuellar als Lügner. Der Landesregierende Javier Lopez Moreno solidarisierte sich mit Samuel Ruiz und machte einige Regierungsfunktionäre aus Chiapas für den Aufmarsch mitverantwortlich. Später wurde die Stadt mit Anklagen gegen Samuel Ruiz, wie z.B. „Bischof des Teufels“ und „Guerillero“ zugeschmiert, daran war auch die Bewegung der Iberoamerikanischen Solidarität beteiligt (Movimiento de Solidaridad Iberoamericana) (La Jornada, 22.9.94). Mehrere Taxifahrer von CTM und CROC (Gewerkschaften) organisierten einen Marsch, um den Regierenden von San Cristobal Jorge Mario Lescieur zu unterstützen, angeklagt, Autor vieler Attacken gegen Samuel Ruiz zu sein (La Jornada, 28.9.94).
Das oberste Landgericht fährt fort, die Bauern zu vertreiben. So räumten sie zwei Fincas in der Nähe von Cacahoatan, nahmen 48 Bauern fest und zerstörten 120 Häuser. Die Bauern hatten seit 30 Jahren das Land bewohnt (El Tiempo, 22.9.94).
Am 21. September sagte die PRI[2] in einer parlamentarischen Sitzung, daß es in bezug auf den Wahlsieg von Eduardo Robledo Rincon keine Verhandlung gebe, da es den Prozeß des Dialogs belaste, und den Glauben in die staatlichen Institutionen schwächt. Die PRD[3] bittet derweil, den nationalen Verteidigungssekretär um Auskünfte über die Aktionen des Militärs im Dschungel und im Hochland von Chiapas (La Jornada, 22.9.94).
In der Nähe von San Juan Chamula erschossen am 29. September Großgrundbesitzer drei evangelische Chamula Indigenas, die in ihre Dörfer zurückgekehrt waren. Die Mörder erklärten, daß dies ein Befehl vom Bürgermeister wäre, und sie nicht davor zurückschrecken würden, alle umzubringen. Als Antwort darauf zerstörten die evangelischen Indigenas zwei Kombis der Großgrundbesitzer. Später wurden drei Indigenas festgenommen und der Morde angeklagt. Der Gerichtshof informierte derweil, der Bürgermeister von San Juan Chamula Domingo Lopez Ruiz sei angeklagt worden, in seinen 14 Monaten als Bürgermeister mit Gewalt und Unterdrückung amtiert zu haben. Er wurde abgesetzt, an seine Stelle kam Augustin Hernandez Lopez.

Szenerie des bewaffneten Konfliktes
Am ersten September wurde in der Tageszeitung La Jornada von der Existenz einer anderen Guerrilla berichtet, die sich „Ejercito Insurgente Revolucionario de la Sierra (EIRS)“ nennt. Sie erklärten ihr Einverständnis mit dem 11-Punkte-Plan der EZLN und ihren Willen, die PRI-Regierung mit Mitteln der Gewalt zu stürzen. Der Chef des Miltärpostens 7, Miguel Angel

1 CND = Convencion nacional democratica
2 PRI = Partido revolucionario institucional (revolutionäre institutionelle partei)
3 PRD = Partido revolucionario democratico (revolutionäre demokratische partei)

Gordinez, verantwortlich für die Militäraktionen in Chiapas erklärte nach Investigaciones ihrerseits, existiere keine Guerrilla wie die EIRS (La Jornada, 15.9.).Am 2. Oktober wurde eine zweite Erklärung der EIRS veröffentlicht, in dem sie schreiben, daß Militärflugzeuge angefangen haben, über die Gegenden von Siltpec und Motozintla zu fliegen, „anscheinend mit der Absicht, uns zu finden...". „Sie werden uns gut vorbereitet antreffen, und wir werden ihnen zeigen, daß wir fähig sind, den revolutionären Kampf zu führen". Sie bitten das Militär, fair zu kämpfen und nicht die Zivilbevölkerung anzugreifen. Sie versicherten, daß sie nicht zulassen werden, daß Eduardo Robledo Rincon von der PRI die Regierung von Chiapas übernimmt und weiterhin das Volk mit Füßen getreten wird. Auch stellen sie klar, nicht an die Macht zu wollen und die Forderungen der EZLN zu unterstützen (La Jornada, 2.10.94). Am 16.09. führte der Erzbischof von mexiko eine Unterredung mit dem Militärgeneral Miguel Angel Godinez indem dieser dem Erzbischof versichert die Alarmbereitschaft der EZLN wäre nicht durch das Militär provoziert worden.(20.09) Die Friedenskomission traf sich mit dem CEOIC, den Militärs und dem Regierenden Javier Lopez Moreno. Sie kamen überein, den Friedensprozeß voranzutreiben. Auch zeigten sie ihre Besorgnis über die vielen gewalttätigen Räumungen und die Rückkehr der Vertriebenen Chamulas. Sie schickten der EZLN ein Dokument, in dem sie darum bitten, den Dialog wieder aufzunehmen (La Jornada 21.09.). Die EZLN antwortete auf dieses Dokument, daß sie nicht den Frieden um jeden Preis will und beschuldigt die Kath. Kirche, sich auf die Seite der Mächtigen gestellt zu haben. "Es ist der Wille des Volkes, daß die PRI nun nicht mehr regieren soll, und wir haben uns auf die Seite dieser Mehrheit gestellt. Nun wollen wir konsequent sein (La Jornada02.10.94).
Im Angesicht der Gewalt und der Möglichkeit des Krieges haben die Vizepräsidenten der nationalen demokratischen Konvention Rosario Ibarra und Jose' Alvarez Icaza sich mit dem Generalsekretär der Regierung getroffen. Dieser versicherte ihm, daß die erste Kugel nicht vom Militär kommen werde und daß die Regierung Interesse an der Wiederaufnahme des Dialogs hätte (La Jornada, 22.9.94).

Am 15. September berichtet das klandestine revolutionäre Komitee Indigena, daß von neuem nachts Militärflieger über die vom EZLN kontrollierten Gebiete fliegen und auch die Anzahl der Militärs zunimmt. Sie stellen klar, daß die Provokationen nicht unbeantwortet bleiben werden. Sie sind nach wie vor in Alarmbereitschaft (La Jornada, 20.9.94).
Die EZLN beschuldigt die Regierung mit dem ständigen Anwachsen des Militärs und den Provokjationen gegen die Zivilbevölkerung, den Krieg heraufzubeschwören. „Wir werden nicht zuschauen, wie der zivile Widerstand unterdrückt wird". Die EZLN fordert die Anerkennung von Amado Avendano (La Jornada, 17.9.94).
Das Sekretariat der nationalen Verteidigung verneinte die Anschuldigung des EZLN der Truppenverstärkung (La Jornada, 18.9.94). Am 21. September wurde der Angestellte Argenoa Cruz Lopez des Rathauses von Ocosingo bei einer Militärkontrolle festgenommen, weil er 8.000 Patronen, Kaliber 22 mit sich führte. Wie er behauptete, zum Privatgebrauch (La Jornada, 22.9.94). Am 8. Oktober veranstalte die EZLN in Aguascalientes eine Erinnerungsfeier, um des 27. Todestages von Ernesto Che Guevarra zu gedenken, der Kommandant Lateinamerikas. Der Kommandant Moises der EZLN spricht: „Wir legen die Waffen nicht eher nieder, bis das Volk die Macht ergreift."(La Jornada, 10.10.94). In ihrem letzten Schreiben am 8. Oktober berichtet die EZLN, daß Militärs immer onch ihr Gebiet überfliegen, und daß die Regierung nicht im geringsten interessiert scheine, die aufgeführten Probleme zu lösen. So ist die EZLN nicht bereit, den Dialog wieder aufzunehmen. Mittlerweile haben die Zapatistas die Ein- und Ausgänge ihres Territoriums vermint und ihre Flugabwehrgeschütze aufgestellt, bereit, auf jegliche Provokation des Militärs zu antworten (La Jornada, 11.10.94).

San Cristobal de las Casas, Chiapas, Mexiko, 12. Oktober 94

Soweit uns bekannt ist, wurde die Friedenskomission mittlerweile von der Regierung sowie auch von der EZLN akzeptiert. Weitere infos folgen!

VIVA ZAPATA

1 EIRS - aufständische revolutionäre Armee der Gebirge

Frankfurter Rundschau

Unabhängige Tageszeitung

im September 1994 • Jahrgang 50 • Nr. 123/45

A – Ausgabe • Preis 0,00 DM D 6789 A

Wir brechen das Schweigen – Anmerkungen des Herausgebers

LETZTE AUSGABE

Liebe Leserinnen und Leser

In der vor Ihnen liegenden Sonderausgabe möchten wir - die Herausgeber und Angestellten der *FR* - zu unserer Berichterstattung über die Themen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß Stellung nehmen.

Wir - das heißt, alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dieser Zeitung haben in der Vergangenheit Fehler gemacht. Wir haben, ob bewußt oder unbewußt, das zu entscheiden bleibt Ihnen nach der Lektüre dieses Artikels selbst überlassen, unsere Machtstellung als Meinungsbildner mißbraucht. Denn mächtig sind wir. Wir haben uns, ohne übertreiben zu wollen, eine Position geschaffen, die ohne Bedenken als 4. Gewalt neben den drei bestehenden Staatsgewalten bezeichnet werden kann. Wir haben uns nicht der Aufklärung, sondern der Manipulation verschrieben. Die Methoden, derer wir uns bedienten, möchten wir nun schonungslos offenlegen.

Rassismus zeigt sich nicht nur in seinen "alltäglichen" Formen auf der Straße, wie Beleidigungen, Angriffen, Anschlägen **und Morden. Sondern Rassismus bedeutet auch, daß die Situation von Migrantinnen und Migranten, Flüchtlingen und allen Minderheiten maßgeblich von Machtinstanzen, die Einwanderung, Bleiberechte, Wohlfahrt, Arbeitsplätze, Wohnen, Politik, Kultur und Medien kontrollieren, bestimmt wird. Wir - die *FR* - sind eine solche Machtinstanz. Sie alle lesen Zeitung, wenn nicht die *FR*, dann eine andere.** Sie alle berufen sich bei Gelegenheit auf einen Artikel, den Sie in unserer Zeitung gelesen haben, um Ihre eigenen Vorurteile wie allgemein anerkannte Urteile erscheinen zu lassen. "Das braucht man doch nur in der Zeitung zu lesen," pflegen Sie zu sagen, wenn Sie Ihren Diskriminierungen **Autorität verleihen wollen, und die *FR* war immer eine dankbare und nicht endenwollende Zitatenquelle. Wir - die ZeitungsmacherInnen mit unserem Produkt - sind nicht neutrale Mittler zwischen anderen Machtinstanzen und Ihnen, der breiten Öffentlichkeit, sondern wir - die Eliten der Presse, leben mit den Eliten der Politik in einer Symbiose, einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Im Fall des Artikel 16 GG haben wir PolitikerInnengefasel vom angeblichen "Asylmißbrauch" aufgegriffen, durch 100.000 fache Vervielfältigung ein Klima von "Bedrohung" geschaffen und der bestehenden rassistischen Grundhaltung die Möglichkeit zur weiteren Entfaltung gegeben. Diese so produzierte "öffentliche Meinung", die als nationaler Konsens einhermarschiert, diente als Rechtfertigung der politischen Entscheidung, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen.**

Wir haben einen großen Anteil an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und nehmen aktiv an der Festschreibung und Bestätigung des Bestehenden teil. Wir spielen unsere eigene Rolle bei der alltäglichen Reproduktion von Ungleichheit, Diskriminierung und Rassismus und wir erzeugen und verfestigen Vorurteile und rassistische Haltungen und haben somit Mitverantwortung an der Eskalation von Gewalt.

Wir - die *FR*, als ein Teil der Medienlandschaft - sind, wenn es um Rassismus geht, ein Teil des Problems.

Wir haben bislang das Leugnen unseres eigenen Anteils am Rassismus perfektioniert, wir fanden immer Schuldige, denen die Stimmung im Land angelastet werden konnte, es fanden sich immer sozial Benachteiligte, die für Anschläge verantwortlich gemacht werden konnten: Einzeltäter, mißgeleitete Jugendliche, Betrunkene, die nicht wußten, was sie tun - alles Opfer, die schon deshalb keine Täter sein konnten. Schon eher sahen wir die Schuld bei den Angegriffenen selbst, die durch ihre bloße Existenz diese Angriffe geradezu herausforderten. Wir haben die Täter zu Opfern und die Opfer zu Tätern gemacht. Wir haben mit bemerkenswerter Einfühlsamkeit und Sachlichkeit über die "Ängste und Probleme" der Deutschen im Umgang mit ausländischen Menschen berichtet, aber wir haben - wenn überhaupt - mit bemerkenswerter Unkenntnis und Unwilligkeit über die Probleme und Ängste der Flüchtlinge selbst berichtet. Aber ist Ihnen noch nicht aufgefallen, daß wir selbst die Diskriminierung und Ungleichheit widerspiegeln, daß in den Reihen unserer Beschäftigten, bis auf die nächtliche Putzkolonne, kaum ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden sind? Daß daher die Situation der aus anderen Ländern stammenden Menschen immer nur aus unserer deutschen Perspektive wiedergegeben wird, daß wir selbst weit davon entfernt sind, die Vielfältigkeit und Verschiedenheit unserer Gesellschaft zu repräsentieren?

Die Grundstruktur rassistischen Denkens besteht darin, untereinander höchst verschiedene Menschen allein unter dem Aspekt ihrer angeblichen Zugehörigkeit zu einer bestimmten "Volksgruppe" oder einem "Kulturkreis" - also ihrer sogenannten "ethnischen Angehörigkeit" - zu homogenen Gruppen, wie z.B. "die Türken", "die Deutschen", etc. zusammenzufassen. Dies zieht sich kontinuierlich **durch unsere Berichterstattung. Bestehende gesellschaftliche Konflikte und Herrschaftsverhältnisse werden dann ganz einfach zu ethnischen "Unverträglichkeiten"** uminterpretiert.

Um unser liberales Image zu wahren, wiesen wir allzu dumpfe rassistische Schlagworte zurück: rassistischem Mord und Terror hielten wir aber nur die bekannten Nützlichkeitserwägungen bezüglich MigrantInnen entgegen. Als Argument gegen die Verfolgung von Menschen führten wir nur deren Leistungsfähigkeit in Wirtschaft, Kultur und beim Steuerzahlen an. Wenn Menschen ohne deutschen Paß diesem Maßstäben nicht genügten, gab es allerdings kein Pardon. Betätigen sie sich zudem in gesellschaftlich geächteten Bereichen, wie "Kriminalität" oder "Drogenhandel", lassen wir in unserer tagtäglichen Berichterstattung die Nationalität der "Täter" zu ihrem wesentlichen Erkennungsmerkmal werden. Durch ständiges, penibles Auflisten der Nationalität werden gewisse Delikte in die angebliche "Natur" einer Bevölkerungsgruppe gelegt. Das heißt, wenn Sie z.B. unserer Serie über organisierte Kriminalität Anfang 1992 aufmerksam gefolgt sind, dann wissen Sie, daß "Türken" den Heroinhandel kontrollieren, "Italiener" und "Exjugoslawen" Schutzgelderpresser sind, "Kolumbianer" den Kokainhandel in der Hand haben und daß, wenn– Sie chinesisch essen gehen, Ihre Kreditkarte für internationalen Kreditkartenbetrug mißbraucht wird. So können Sie sich - hochverehrte deutsche Leserinnen und Leser - in einer Gemeinschaft von "Bedrohten" und "Opfern" wiederfinden, und mit dieser "Wahrheit" auf Ihrer und unserer Seite können wir, moralisch legitimiert und gleichsam "zu unserem Schutz", Maßnahmen zur Erniedrigung, Ausgrenzung und Abschiebung von Nichtdeutschen einfordern und billigen. Unsere liberale "Über"parteilichkeit bietet uns die Möglichkeit uns flexibel im rassistischen Konsens zu bewegen. So können wir im Zeichen der Meinungsvielfalt, und um auch anspruchsvollere Geister zu bedienen, kritische Hintergrundsberichte liefern, die aber in der Masse der lokalen "Alltagsberichterstattung" zur Bedeutungslosigkeit verkommen..

Wir haben die Macht, Alternativen aufzuzeigen, haben sie aber dazu genutzt, eben diese Alternativen totzuschweigen; sehr auffällig ist unser Mangel an Bemühen, rassistischen Stimmungen entgegenzuwirken. Wir haben Minderheiten keine Chance gegeben, ihre Situation darzustellen, haben ihnen kein Forum gegeben, sondern haben selbstgerecht und oft genug zynisch über deren Lebenssituation berichtet.

Über anti-rassistische Bewegungen und Aktionen jenseits staatlich verordneter Lichterkettenscheinheiligkeit pflegten wir nichts zu schreiben. Wenn überhaupt, dann stellten wir anti-faschistischen Widerstand als gewalttätige, unpolitische Auseinandersetzungen zwischen "links" und "rechts" dar.

Unser Sensationsjournalismus, ohne den viele - auch wir - nicht mehr glauben leben zu können, hat eine nicht zu übersehende Tendenz. Er dient der Ausgrenzung derer, die von der "deutschen Norm" - die wir belieben, selbst zu definieren - abweichen

Fortsetzung nächste Seite

Am 26.9.94 wurde diese Ausgabe der FR (siehe Kopie) in mehreren Stadtteilen Frankfurts in Briefkästen gesteckt bzw. ausgelegt.

Aus einer kleinen Meldung am nächsten Tag erfahren FR-LeserInnen nur, daß die FR in einer Fälschung diffamiert worden sei und zahlreiche AnruferInnen irritiert bzw. empört in der Redaktion nachgefragt hätten.
Eine inhaltliche Stellungnahme erfolgte nicht.

Viel Spaß beim Lesen!

NI JUGES, NI PRISONS N'ARRETERONT NOTRE REBELLION

"WEDER RICHTER, NOCH KNAESTE, KOENNEN UNSERE REBELLION AUFHALTEN"

Im Fruehjahr 94 gab es in Frankreich massenhafte wochenlang andauernde Demonstrationen gegen ein von der Regierung geplantes Gesetz, dem "Vertrag der beruflichen Eingliederung" (CIP = Contrat d'Insertation Proffeessionelle).
Der Plan der Regierung sollte sein, mittels des CIP den Unternehmen einen Anreiz zu schaffen, mehr Jugendliche in den Betrieben einzustellen. Offiziell wurde der CIP als Massnahme gegen die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit verkauft. Den betroffenen Jugendlichen war jedoch sehr schnell klar, dass es sich um eine Massnahme der Beschaffung von billigen Arbeitskraeften handelte, die nur zum Interesse der Unternehmer ausgelegt war. Der CIP besagt, dass alle Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren zu einem Stundenlohn bezahlt werden koennen, der unter dem Niveau des gesetzlich festgelegten Mindestlohnes in Frankreich liegt. Die Bezahlung der jugendlichen Arbeitskraefte sollte sich auf 80% dieses Mindestlohnes (SMIC = Salaire Minimum Interprofessionnel de Croissance; der SMIC ist gesetzlich festgelegt und betraegt 34,83 Francs die Stunde) belaufen. Nach massiven Auseinandersetzungen auf der Strasse, hat die Anti-CIP-Bewegung die Ausserkraftsetzung des Gesetzesprojektes erreicht. Wir hatten im Rahmen eines Frankreichaufenthaltes in der Bretagne die Moeglichkeit, mit zwei AktivistInnen der Anti-CIP-Bewegung Interviews zu machen.

Bist Du organisiert ??

In St. Nazaire gibt es eine anarchistische Gruppe, die mehr oder weniger organisiert ist und der ich angehoere. Wir machen nicht viel, weil wir zu wenige sind. Bei einer geringen Anzahl an Leuten sehen wir auch kaum eine Perspektive.

Was bedeutet der CIP ??

Der CIP ist der "Vertrag der beruflichen Eingliederung", der von den Jugendlichen zum Vertrag der Unternehmerinteressen unbenannt worden ist, weil man diesesen Gesetzesvorschlag der Regierung Balladur als Zugestaendnis an die Kapitalistenklasse einschaetzte. Gleich am Anfang nach der Verabschiedung des Gesetzes hat eine Mobilisierung der Gewerkschaften stattgefunden, was sich in einer gemeinsamen Demonstration ausdrueckte. Dem folgte der Protest der GymnasiastInnen und auf einer niedrigeren Stufe der der StudentInnen der IUT's. Bei der IUT handelt es sich um eine Uni, die mehr am aktiven Berufsleben orientiert ist. Die Anti-CIP-Bewegung hat "national" in Paris begonnen. Aber die Bewegung hat sich nicht nur auf Paris beschraenckt. Sie erfasste alle mittleren und groesseren Staedte Frankreichs. Das stellt einen Unterschied zur Schueler - und StudentInnenbewegung von 1986 dar, denn es ist nicht die Regel, dass solch eine Bewegung ueber Paris hinausgeht. Die Bewegung von 1986 richtete sich gegen das Gesetz Devaquet, das kurz gesagt auch von einer rechten Regierung verfasst worden ist. Die Anti-CIP-Bewegung hat im Maerz 94 sehr schnell begonnen und man hat gleich angefangen Parallelen mit dem Mai 68 zu ziehen. In Frankreich sowie auch in Deutschland gibt es momentan eine grosse oekonomische Krise, von der ich aber denke, dass Frankreich in einem haerteren Masse davon betroffen ist. Diese Krise drueckt sich u.a. in der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen aus und es gibt eine Art Fatalismus, der sich wie in den anderen Laendern Europas ausbreitet. Was den CIP betrifft, ist man am Anfang der Bewegung nicht ueber die Forderung nach seiner Ausser-

kraftsetzung hinausgekommen. In Nantes gab es sehr viele Obdachlose und Arbeitslose in den Reihen der Anti-CIP-Bewegung, die ihre allgemeine Unzufriedenheit und ihren Hass auf die gesellschaftlichen Misstaende zum Ausdruck brachten. Viele Jugendliche fuehlten sich vom CIP angegriffen, weil sie schlechter bezahlt werden sollten als andere aus dem einzigen Grund, weil sie juenger sind. Die erste Demo fand am 7. Maerz in Paris statt, an der weit mehr als 20 000 Menschen teilnahmen. Zu dieser Zeit war ich in Périgueux in Ferien und sogar in einer solchen Kleinstadt waren 2 000 Jugendliche auf der Strasse (Périgueux hat etwa 30 000 EinwohnerInnen). In Paris gab es dann am 12. und am 17. Maerz grosse Demos und von diesem Zeitpunkt an begannen die Dinge interessant zu werden; auch in Nantes, als die Demos "ausgeartet" sind. Man sprach von einem neuen Mai 68 oder von einer Erscheinung, die dem Mai 68 mehr oder weniger aehnelt. Ich war auf der Demo am 17. Maerz in Nantes. Nantes ist wirklich eine besondere Stadt, weil es dort eine alte anarcho-syndikalistische Tradition gibt. Und es gibt eine mehr oder weniger grosse linksradikale Bewegung, die sich das LOCAL geschaffen hat. Es war fuer mich die erste Erfahrung in Nantes, dass eine Demo so abgegangen ist; es wurden z.B. Barrikaden gebaut. Auch in Paris, Lyon und anderen Staedten gab es sehr militante Demos. In Bordeaux begann die Bewegung sehr militant; die Situation dort beruhigte sich aber in der folgenden Zeit. In Paris gibt es die Ghettos rund um die Stadt und die Jugendlichen von dort, die vergessen und verloren in diesem Jahrhundert sind, druecken ihre Unzufriedenheit zu jeder Gelegenheit bei Demonstrationen aus. Diesmal haben sich viele Jugendliche in Paris sehr schnell von diesen Jugendlichen aus den Ghettos entsolidarisiert und haben zu ihrer Kriminalisierung beigetragen. Sie haben in der Oeffentlichkeit klargestellt, dass diese Jugendliche nicht zur Bewegung gehoeren und dass sie ihre Gewalt ablehnen. In Nantes haben sich im Gegenteil dazu viele Jugendliche verschiedenen Alters und aus den verschiedenen Provinzen solidarisch mit denen erklaert, die aufgrund von militanten Aktionen festgenommen wurden. In der Nacht nach der ersten grossen Demo in Nantes ging es ziemlich heiss her, wobei es sehr viele Verhaftungen gab. Bei den anstehenden Prozessen fanden sich dann einige hundert Leute ein, um die Verhafteten zu unterstuetzen, wobei zu bedenken ist, dass die Gerichtsverhandlungen nur 2 Tage nach der Demo stattfanden und keine grosse Zeit vorhanden war, Leute zu mobilisieren. Kurz gesagt; es gab eine richtige Solidaritaet mit den Verhafteten. Infolgedessen ging es bei den folgenden Demos in Nantes heftig zur Sache.



Échauffourées à Lyon, le 21 mars

Auf welche Art und Weise haben sich die Menschen in der Anti-CIP-Bewegung organisiert ??

In St. Nazaire gab es wirklich sehr wenige Aktionen, die zudem den Rahmen der Forderung nach der Ausserkraftsetzung des CIP nicht ueberstiegen. Einige von unserer Gruppe sind mit der schwarzen Fahne zu einer Demo in St. Naz gegangen und wurden relativ schnell aus der Demo ausgeschlossen. Wir konnten dort keine Schnitte machen und das war auch ein Grund dafuer, dass wir uns mehr nach Nantes orientierten. In NNantes haben wir an spontan entstandenen Vollversammlungen tendenziell anarchistischer und libertaerer Gruppen teilgenommen. Waehrend des Kampfes gegen den CIP gab es eine Gruppe mit dem Namen "Précaire et Solidaire Nantais", in der Obdachlose, Arbeitslose, Jugendliche und StudentInnen teil waren. Diese Gruppe existiert auch heute noch. Ich konnte ungluecklicherweise nicht an den Vollversammlungen an der Uni Nantes nicht teilnehmen, die wirklich eine sehr wichtige Rolle spielten. In den ersten Wochen der Bewegung haben die StudentInnen der Literaturfakultaet die Stuehle und Tische aus den Hoersaalen rausgeworfen und taeglich stattfindende AG's

organisiert, zu denen auch die ganze Bevoelkerung eingeladen war. Die Uni war fuer alle geoeffnet, die an der Bewegung teilnehmen wollten. Es gab Delegierte der Arbeitslosen und der ImmigrantInnengruppen, was besonders wichtig war, weil es eine Reihe von repressiven Massnahmen gegen ImmigrantInnen als Folge der neuen Gesetze von Pasqua gegeben hat. Alle diese Leute haben an den Vollversammlungen auf dem Gelaende der Uni Nantes teilgenommen. Man hat in diesen Tagen wirklich einen Austausch zwischen den verschiedenen sozialen Bereichen, den Arbeitslosen, StudentInnen, Gymnasiasten ...etc. verfolgen koennen. Es gab ein einheitliches Ziehen an einem Strang, so wie Nantes es vorher nie erlebt hatte. Es gab auch die Forderung nach dem Ruecktritt des Innenministers Pasqua, diesem dreckigen alten Fascho, von dem ihr in Deutschland sicher schon gehoert habt. Er hat nach den ersten Demos gegen den CIP zwei junge Algerier abgeschoben, weil sie teilgenommen hatten und sie mit dem ersten Schiff nach Algerien geschickt. In Nantes haben wir den Ruecktritt Pasqua's und die Rueckkehr der beiden Algerier gefordert (aufgrund der massenhaften Solidaritaet mit diesen beiden Jugendlichen, "durften" sie wieder nach Frankreich zurueckkehren). Es wurden auch Vorschlaege dahingehend diskutiert, die eine Einsetzung eines Mindestgeldes fuer alle Arbeitslose fordert, weil es in Frankreich viele junge Arbeitslose gibt, die direkt nach der Schule arbeitslos werden und nicht das Recht und den Anspruch auf staatliche Hilfe haben. Diese Jugendliche befinden sich in der Folge dann unmittelbar auf der Strasse, wenn sie von ihren Familien nicht unterstuetzt werden koennen. Man hat auch die Einfuehrung eines Mindestlohns fuer alle Jugendliche und eines Mindestgeldes fuer Erwachsene, die langzeitarbeitslos sind und aus den Listen des Arbeitsamtes (l'Agence pour l'Emploi; ANPE) rausgefallen sind, gefordert.



Assemblée générale à l'université Paris VIII le 3 mars

Gibt es noch politische Strukturen der Anti-CIP-Bewegung, die heute existieren ??

In Nantes gibt es schon noch viele Gruppen, die sich waehrend der Zeit der Demos gegruendet haben und die versuchen die Erfahrungen der Bewegung zu reflektieren. Im September wird es an der Uni Nantes die Sommeruni geben, die ganz im Zeichen der Reflexion der Anti-CIP-Bewegung, sozialer Bewegungen in Frankreich, der Kampfperspektiven und der zukuenftigen Forderungen stehen wird. Der CIP wurde von Balladur am Anfang des Monates April ausser Kraft gesetzt, weil er begann zu befuerchten, dass es noch groessere Auseinandersetzungen geben wird. Die Bewegung hat eigentlich nur einen Monat existiert. Nach der Ausserkraftsetzung des CIP war die Bewegung beendet und niemand mehr ging auf die Strasse. Wir hofften, dass die Leute sich nach der gewonnen Schlacht, die den CIP betrifft, anfangen wuerden, sich mit oekonomischen Fragen auseinanderzusetzen. Es ist fuer uns ein unverkennbares Merkmal fuer die derzeitige oekonomische Krise, dass die Regierungen sich dazu verpflichtet fuehlen, der Kapitalistenklasse in der Art und Weise Zugetaendnisse zu machen, in dem sie Einschnitte in den sozialen Bereichen machen. Ueberall in Europa. Und das zeigt uns, dass die Gesellschaft in einem sehr schlechten Zustand ist und das oekonomisch-herrschende System am absterben ist. In Nantes gibt es auf jeden Fall genug Stoff, der aufzuarbeiten ist und die Reflexion

dessen wird weitergehen. Auf "nationaler" Ebene oder was Paris betrifft kann ich zu dieser Frage nicht viel sagen, weil ich zu wenig informiert bin. In Paris ist das sowieso etwas besonderes, weil es viele kleine Gruppen oder Grueppchen gibt, die mal etwas zusammen machen, sich dann aber wieder zurueckziehen. Das ist sehr kompliziert dort.

Hast Du eine Erklaerung fuer die sehr starken und militanten Aktionen von streikenden ArbeiterInnen, Fischern, Bauern...etc. in Frankreich ??

Es gibt in Frankreich wirklich viele Kaempfe, die aber nicht zusammenlaufen. Es gibt keine Verbindungen zwischen den StudentInnen, Bauern und Fischern. Waehrend den Demos gegen den CIP gab es Versuche, sich mit den Fischern und Bauern zu treffen, was aber nicht geklappt hat. In Frankreich fehlt es meiner Meinung nach an einem gemeinsamen Strang. Es gibt wichtige soziale Bewegungen. Bei den Fischern waren die Kaempfe dieses Jahr sehr spektakulaer. Es handelte sich aber um eine Bewegung, die mehr die Hoffnungslosigkeit als eine starke politische und soziale Bewegung ausdrueckte. Man muss wissen, dass das Einkommen der Fischer sehr niedrig ist und ungefaehr bei 2000 Francs im Monat liegt. Sie koennen davon nicht leben und befinden sich in einer auswegslosen Situation. Fuer mich war der Kampf der Fischer in diesem Jahr keine bedeutende Bewegung; sie war eher spektakulaer als alles andere. In Rennes hat es einen sehr gewaltaetigen Tag gegeben. Aber meiner Meinung nach handelt es sich trotzdem nicht um eine militante und konsequente Bewegung. Man denkt jedesmal in so einer Situation, dass es den Funken geben muss, der die Kaempfe in den unterschiedlichen sozialen Bereichen zu einer Bewewgung zusammenfuehrt. Aber das realisiert sich nicht. Ich habe sogar den Eindruck, dass es keine Solidaritaet unter den ArbeiterInnen der verschiedenen Bereiche in Frankreich gibt. Meine Einstellung dazu ist vielleicht ein wenig pessimistisch. Und dann gibt es da in Frankreich ja auch noch die unterschiedlichen Gewerkschaften, die es nicht schaffen sich an irgendeinem Punkt zu einigen und man kann schon von einem Wunder sprechen, wenn sie am selben Tag gemeinsam zu einer Demo aufrufen. Ueberall gibt es wichtige soziale Bewegungen, die aber keine neuen Perspektiven eroeffnen. Auch aus diesem Grund ziehen die ganzen Streiks an den Leuten vorrueber.

Welches ist die Situation der Jugendlichen in Frankreich in Bezug auf die Arbeitswelt ??

Das ist eine Frage, auf die es mir schwer faellt, eine Antwort zu geben. Ich betrachte mich als ein wenig privilegiert, solche Probleme habe ich im Moment nicht und ich kenne die Probleme der franzoesischen Jugend nicht genau, weil ich momentan in einem Art Kokon lebe; im experimentellen Gymnasium. Allgemein laesst sich sagen, dass es eine sehr hohe Arbeitslosigkeit wie ueberall gibt; das ist die oekonomische Krise. 30% der Jugendlichen unter 25 Jahre haben keine Arbeit. Sie haben vielleicht einen schlecht bezahlten kleinen Job oder machen ein Vorpraktikum, das letztendlich zu nichts fuehrt. Die Arbeitslosigkeit in Frankreich nimmt eine fast unglaubliche Groessenordnung an. Wir haben 3,5 Millionen Arbeitslose bei einer arbeitenden Bevoelkerung von ungefaehr 30 Millionen Menschen. Das macht eine Arbeitslosenrate von 12,5% ; und das ist nur die offizielle Zahl. Die inoffizielle und sicher die der wahren Verhaeltnisse mehr entsprechende Rate liegt sehr viel hoeher. Z.B. wenn man die ganzen Obdachlosen, die ungefaehr 500 Tausend Menschen ausmachen, hinzufuegt. Ich kann die Aengste und Sehnsuechte der franzoesischen Jugendlichen nicht richtig nachfuehlen, weil ich wie gesagt in einer Nische lebe. Aber ich finde die Jugendlichen vielmehr sorglos und sie1 nach einem Modell leben, auch wenn ich das nicht gerne sage. Aber sie folgen einer bestimmten Form zu leben; das ist unbestreitbar. Die 70ger Jahre sind laengst vorbei in Frankreich. Alle 2 Jahre taucht eine Bewegung wie die gegen den CIP auf, aber dem folgt nichts, nichts davon geht weiter und niemand stellt die Gesellschaft grundsaetzlich in Frage. Es handelt sich immer um punktuelle und damit begrenzte Kaempfe.

Wehrt Euch gegen rassistische faschistische Übergriffe in U- und S-Bahnen!

Widersprecht auch, wenn Leute nur blöde ausländerfeindliche Sprüche und Witze machen.
Mischt Euch ein, wenn Leute angepöbelt werden.
Helft Leuten die angegriffen werden oder versucht andere anzusprechen, wenn ihr Euch selbst nicht traut.
Wenn es sinnvoll ist, bringt mit der Notbremse den Zug zum stehen.
Achtet auf Personen und Gruppen, die wie FaschistInnen aussehen und macht andere darauf aufmerksam. Wenn es geht, zeigt Ihnen, daß Ihr sie nicht mögt.
Meldet Übergriffe und Zusammenrottungen, meldet regelmäßige Treffpunkte von FaschistInnen bei:

Schaut nicht weg!

Greift ein!

Antirassistisches Telefon O-Berlin	442 61 74	SOS-Rassismus Telefon	200 25 40
Antirassistisches Telefon w-Berlin	785 72 81	Frauen-Notruf-Telefon	251 28 28

Kein Frieden mit Deutschland - gegen die Kollaboration mit der Nation!

Aufruf für ein Vorbereitungstreffen zu einer bundesweiten antinationalen Aktion rund um den 8. Mai 95

am 10. und 11. 12. 1994 in Berlin,
Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a,
Beginn Samstag 14 Uhr

"...es kann dann passieren, daß einer (oder eine) zerkältet ist von dem eindruck, es seien rund um ihn her die leute verrückt, nicht er (nicht sie) sei es."
christian geissler

Antinational....

"Nie wieder Deutschland" war das Motto der Demonstration anläßlich des 45. Jahrestag des alliierten Sieges über Deutschland am 5. Mai 1990 in Frankfurt am Main. Sie war gegen die Wiedervereinigung, den deutschen Nationalismus und die Kolonisierung Osteuropas gerichtet.

Wir sind seither mit dem folgenden Widerspruch konfrontiert: *Einerseits* hat die Wirklichkeit die pessimistischen Prognosen der "Nie wieder Deutschland"-Kampagne noch übertroffen: In Massenpogromen und mit Abschiebeterror gegen Nichtdeutsche wird seither das "nationale Element" (Schäuble) geschmiedet, die Kolonisierung Osteuropas tarifpartnerübergreifend als ökonomische Fundierung des "Standorts Deutschland" durchgesetzt und die deutsche Außenpolitik ebenso renationalisiert wie militarisiert: Ab 1998 werden die neuen Kriegsverbände der Bundeswehr einsatzbereit und die NATO weitgehend gespalten sein.

Andrerseits ist das "Nie Wieder Deutschland"-Bündnis von 1990 längst zerfallen und ein Politikansatz, der die deutsche Großmacht und die sie tragenden Subjekte bekämpft, in örtliche Klein- und Kleinstgruppen segmentiert.

In Abgrenzung vom antideutschen Ansatz setzt eine Mehrheit der Linken auf Bündnispolitik und "Massenarbeit", ohne zu reflektieren, daß emanzipatorische Kämpfe derzeit nicht stattfinden und "die Masse" als weitgehend nivellierte deutsche Bevölkerung agiert. Wer dennoch die wohlwollende Solidarität mit hiesigen Menschen zum A und O der eigenen Politik erklärt, läuft ganz zwangsläufig Gefahr, den Rassismus "kleiner Leute" als "sozialen Notschrei" zu entschuldigen und die Auseinandersetzungen um den Nachvollzug der innere Einheit Deutschlands (Stichwort: "Gerechtigkeit") mit Klassenkampf zu verwechseln.

Dieser Teil der Linken erklärt sich - ob bei Teilen der Autonomen oder der DKP - für anti-nationalistisch, verhält sich dem massenhaften Nationalismus gegenüber jedoch opportunistisch und kollaboriert auf diese Weise - anstatt für die Opfer des Deutschtums Partei zu ergreifen - mit der Nation. Andere suchen gar "linke" Perspektiven in der Parlamentsarbeit - obwohl sich Bündnisgrüne und PDS in ihrer Anbiederung an die rechts gewendete SPD gegenseitig zu überbieten suchen und den Standort Deutschland nicht bekämpfen, sondern unterstützen.

Fazit: Es gibt eine katastrophale Entwicklung in der herrschenden Politik. Es gibt eine parlamentarisch/außerparlamentarische Opposition, welche jene Politik mit "konstruktiver", den nationalen Konsens respektierender Arbeit zu beeinflussen sucht. Und es gibt eine neue, antinationale Strömung in der Linken, die teils inhaltlich, teils bereichsbezogen agiert, ohne aber bisher zu einer gemeinsamen politischen Intervention in der Lage zu sein.

Unser Vorschlag zielt deshalb auch nach innen: Gibt es eine Chance, die implizit antideutsch agierenden Initiativen (etwa im Antira- oder Antifa-Bereich) für eine gemeinsame und explizit antideutsche Aktion zu mobilisieren? Gibt es eine Möglichkeit, im Vorfeld einer antinationalen Demonstration die kritische Auseinandersetzung unter uns und mit Teilen der "massenorientierten" Linken" zu forcieren? Schaffen wir es, die organisatorisch und politisch-ideologisch fragmentierten Einzelpersonen und Gruppen der antinationalen Linken für eine gemeinsame Manifestation zusammenzubringen?

... am 8. Mai 1995

In einer Zeit, in der rassistische Pogrome und antisemitische Anschläge zum Alltag gehören und zahllose Flüchtlinge aufgrund staatlichen Abschiebeterrors in den Tod getrieben werden, macht Deutschland sein "Recht auf Erinnerung" geltend. Was damit gemeint ist, hat der diesjährige Sommer gezeigt: Bei der Feier historischer Daten wie dem 50. Jahrestags des Stauffenberg-Attentats, des Warschauer Aufstands oder der Verabschiedung der russischen Soldaten ging es schon lange nicht mehr um die real abgelaufene Geschichte. Derartige Feiern dienen nur noch dem Zweck, die Vergangenheit unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwertbarkeit für die Zukunft umzuschreiben. Einige ideologische Prämissen sind für die Umwidmung der Vergangenheit zentral:

- Die Rolle der Westalliierten wird neu diskutiert. Diese hätten, anstatt rechtzeitig auf die "Verschwörer des 20. Juli" zu setzen, deutsche Städte bombardiert und den sowjetischen Vormarsch bis zur Elbe akzeptiert. Dankbar sei man ihnen jedoch für ihren Einsatz für die "Freiheit Berlins".
- Was als Relativierung des NS-Imperialismus begonnen hatte, bricht sich zunehmend als Parteinahme Bahn. Bei Ernst Nolte, der als Trendsetter den NS im Kontext eines "europäischen Bürgerkrieges" einzuordnen begann, ist heute von "Größe und Tragik" und vom "historischen Recht" des Nationalsozialismus die Rede. Die nationalsozialistische Phase deutscher Politik wird nicht länger historisiert, sondern als Teil von Geschichte, an der heute anzuknüpfen sei, neu rezipiert.
- Die deutsche Außenpolitik ist dabei, aus dem Schatten Hitlers heraus- und neben ihn zu treten. Die Großmacht-Konzeptionen des "guten Nazi" von Stauffenberg - in diesem Sommer vom Bundeskanzler zum Idol für die deutsche Jugend erkoren - werden als "Ant

wort auf die Fragen dieser bewegten Zeiten" (FAZ) neu rezipiert. Zugleich wird beispielsweise in dem "Schäuble-Papier" für den Fall, daß Frankreich sich der deutschen Mitteleuropakonzeption in den Weg zu stellen wagt, offen damit gedroht, "die Stabilisierung des östlichen Europa *in der traditionellen Weise* zu bewerkstelligen." Wiedervereinigung mit der Vergangenheit als Antriebskraft für die Zukunft.

Die Umdeutung der Geschichte betrifft selbstverständlich auch den Jahrestag der deutschen Kapitulation. Schon am 8. Mai 1985 hatte im Mittelpunkt deutschen Gedenkens nicht "Befreiung" oder Bruch, sondern die Versöhnung zwischen Nationalsozialismus und Bonner Republik gestanden. Nach einer gemeinsame Alibi-Gedenkfeier in der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen waren damals Ronald Reagan und Helmut Kohl zum SS-Friedhof nach Bitburg geeilt. Kohl wollte sicherstellen, daß die deutsche Versöhnung mit der "unschuldigen" Wehrmacht inklusive SS den Segen des größten Verbündeten erhält. Reagen hatte schließlich mitgespielt, was in der Bundesrepublik parteienübergreifend mit Erleichterung, im Ausland hingegen mit Empörung quittiert worden war.

Inzwischen ist Deutschland souveräne Großmacht. Die Zäsur von 1989/90 hat dem deutschen Imperialismus nicht nur die Option verschafft, an vergangene Konzepte deutscher Großmachtpolitik real anzuknüpfen. Zugleich wird, da der Sieger die Geschichte schreibt, die antifaschistische Wahrnehmung und Interpretation des 8. Mai in den Hintergrund gedrängt. Während es 1985 noch darum gegangen war, SS-Soldaten als "Opfer" des II. Weltkrieges zu integrieren, werden heute die im antifaschistischen Widerstand gefallen Menschen aus dem Kreis der zu ehrenden Personen ausgegrenzt.

Es ist damit zu rechnen, daß die deutsche Politik und Publizistik den 8. Mai 1995 mit etwa den folgenden Inhalten zu verknüpfen sucht:

- Dieses Datum habe mit Befreiung nichts zu tun, denn die eigentliche Befreiung sei erst 1989/90 erfolgt. 1945 hingegen habe der Stalinismus - mit Zustimmung der USA - seine Terrorherrschaft bis nach Berlin ausdehnen können. Aus deutscher Sicht sei die Herrschaft der Roten Armee im Vergleich zum Nationalsozialismus zweifellos "das für den Augenblick Schlimmere" (FAZ) gewesen.
- 50 Jahre danach müsse Schluß sein mit jeglicher Deutschland-Kritik, die sich aus der NS-Zeit ableite: es müsse möglich werden, diesen Geschichtsabschnitt unvoreingenommen in den Blick zu nehmen: "Deutschland muß eine neue nationale Tradition für die Berliner Republik entwickeln." (Volker Rühe).
- Der Bitburg-Gedanke der Versöhnung wird als Drohung neu akzentuiert: Das an ihnen vollzogene Unrecht der Vertreibung und der Verfolgung würden die Deutschen nur verzeihen, wenn im Gegenzug endlich Schluß sein mit dem Gerede von deutscher Schuld.

Geschichtsbetrachung und Erinnerung sind niemals neutral. Der mit dem Historikerstreit durchgesetzte Geschichtsrevisionismus ist zu keinem Zeitpunkt ein Streit um Geschichte gewesen, sondern immer ein Kampf um die gegenwärtige und die zukünftige Politik. Über die Zukunft werde entscheiden, "wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet", prophezeite Kanzlerberater Michael Stürmer. Was Stürmer Zukunft nennt, ist altes Programm. Gestützt auf eine mitteleuropäische Ressoucenkammer und ein nur vorläufig europäisierbares Atomwaffenpotential nimmt Deutschland Anlauf für den Sprung zur Weltmacht. Das staatliches Gedenken dient dem Ziel, die dieser Ambition gemäße Tradition zu stiften.

Sich die geschichtlichen Abläufe aus Sicht der Opfer der deutschen Politik in Erinnerung zu rufen ist für jede linke Politik hierzulande unverzichtbar und wird immer richtig und notwendig bleiben. Als zentrale politische Orientierung auf den 8. Mai 1995 reicht dieser Ansatz jedoch auf keinen Fall aus. Die Zeiten staatlicher Geschichtsverdrängung, in denen durch das Erinnern ein Gegenpol gegen die herrschende Schlußstrich-Ideologie gesetzt werden konnte, sind vorbei. Heute wird Geschichte nicht länger verdrängt, sondern täglich neu gedeutet und deutsch angeeignet.

Wer sich an wen und an was und aus welchem Grund erinnert, ist weniger denn je eine Frage der Geschichtswissenschaft, sondern eine Frage der Politik. Die Umbewertung des Nationalsozialismus mit dem Verweis auf dessen tatsächliche Politik kontern zu wollen, hieße, die Ursache der Umbewertung - die neudeutsche Machtambition - auszublenden. Die bevorstehenden Feiern werden als obszöner Angriff auf die alten und die neuen Opfer deutscher Machtpolitik ausgerichtet sein. Deshalb wird es nur möglich sein, diesem Angriff entgegenzutreten, wenn unsererseits der 8. Mai 1945 nicht historisiert, sondern mit der gegenwärtigen Politik in eine Verbindung gebracht wird.

Kontakt und Anmeldungen* über:

Vorbereitungsgruppe 8. Mai Postfach 306 237 20328 Hamburg

Die 8. Mai-Planung der Bundesregierung wird in einer Serie weiterer Gedenktage eingebettet sein. Dazu gehören u.a. der

27. Januar 1995: Befreiung von Auschwitz; Gedenkfeierlichkeiten unter polnischer Regie. Hier könnte sich die Bezugnahme auf eine Mitschuld der anderen (unter den Stichworten: polnischer Antisemitismus; allierter Verzicht auf die Bombardierung der nach Auschwitz führenden Bahngleise usw.) mit einem scheinheiligen Eingeständnis deutscher Schuld vielleicht noch die Waage halten.

13.-15. Februar 1995: 50. Jahrestag der Bombardierung Dresdens; Thematisierung der alliierten "Verbrechen" gegenüber Deutschland.

19. März 1995: Der hunderster Geburtstag von Ernst Jünger, des Heroenschreibers aus dem ersten Weltkriegs und Inspirators der "Konservativen Revolution" in der Weimarer Republik wird vermutlich zu einem nationalen Ereignis auch dann hochstilisiert werden, wenn Jünger bis dahin stirbt.

11. April 1995: Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald, dessen Verwendung in den Jahren 1945ff heute in erster Linie interessiert ("Wer von den KZ-Greueln der Nazis spricht, darf über die sowjetischen Internierungsgreueln der Jahre 1945-47 nicht schweigen"). Als Höhepunkt der Gedenkfeierlichkeiten ist eine Rede des ehemaligen KZ-Insassen Jorge Semprun vorgesehen, der schon als Preisträger des diesjährigen "Friedenspreises des deutschen Buchhandels" mit seiner Gleichsetzung von Gulag und Auschwitz sowie Hitler'schem KZ und Stalin'schem Internierungslager zu beeindrucken wußte.

Zu befürchten ist, daß wir nach der Wendemarke des 8. Mai noch eine ganze Serie revanchismusgetränkte Gedenktage aus Anlaß der Vertreibungen und Forderungen nach "Sühne" für die gegenüber den Deutschen begangenen "Verbrechen" erleben werden.

Wir gehen davon aus, daß eine Demonstration/Aktion um den 8. Mai den geschichtlichen Anlaß nicht von der gegenwärtigen Politik abtrennt, sondern sich eingedenk der Ereignisse vor 50 Jahren auf die jetzige und die zu erwartende deutsche Politik konzentriert.

Wir gehen davon aus, daß die Demonstration/Aktion jedem positivem Bezug auf die deutsche Nation und dem deutschen Nationalismus entgegentritt.

Wir halten es für richtig, auf der Basis eines sich nicht an Breite, sondern an Klarheit orientierenden Aufrufs alle infrage kommenden Möglichkeiten einer bundesweiten Mobilisierung für eine politische Demonstration zu nutzen.

Was im Moment ansteht, ist die inhaltliche Beratung. Wie und wo diese Demonstration/Aktion stattfinden soll, hängt von Faktoren ab, die derzeit unbekannt sind. Offen ist ebenso die Frage, ob und wie ggflls. zusätzlich eine inhaltliche Konferenz der antinationalen Linken durchgeführt werden soll bzw. kann.

Wir schlagen vor, daß das zweitägige Vorbereitungstreffen in Berlin darüber entscheiden wird, ob eine gemeinsame antinationale Aktion im kommenden Frühjahr als machbar erscheint oder nicht. Einzelpersonen oder Gruppen, die sich an diesem Treffen nicht beteiligen können, sind aufgerufen, Stellungnahmen an die angegebene Anschrift zu schicken.

17° Celsius & ak kassiber berlin &
Redaktion bahamas & Antinationale Gruppe Freiburg

*** Leute, die Schlafplätze benötigen, sollten sich auf jeden Fall anmelden!**

Die Linke holt sich da ab, wo sie nicht steht.

Ein subjektiv-desaströser Eindruck von der theoretischen Konferenz zum Nationalismus in Dresden am 12.11.94

"Eine undurchdringliche Sprache ist nicht unbedingt der unvermeidliche Preis für Tiefe. In manchen Fällen verbirgt sich nichts anderes dahinter als eine zur intellektuellen Tugend erhobene Unfähigkeit, sich mitzuteilen. Ich habe den Verdacht, daß die Langeweile auf diese Weise allzu oft dazu dient, die etablierte Ordnung aufrechtzuerhalten: sie bestätigt, daß Wissen ein Privileg der Elite ist."
(Eduardo Galeano)

Vorab: Ich hatte nichts anderes erwartet, Ebensowenig beschwere ich mich. Traurig ist es trotzdem.
Bereits das erste Referat von ■■■ ■■■ gestaltet sich als hirnflutender Frontalangriff einer geballten Wissensmacht, repräsentativ für die reaktionäre Darbietungsweise der gesamten Veranstaltung. Ohne tiefergehende Kenntnisse der marxistischen Lehre ist dieser und die meisten folgenden Beiträge kaum zu verdauen. Im Laufe der Diskussion streifen Herder, Fichte, Hegel, Kant, Rousseau und Marx an meiner Hirnschale entlang, und ich habe den Eindruck, in einem Geschichts- oder Philosophie-Seminar einer abgefahrenen Akademiker-Elite von Kopfrockern gelandet zu sein. Ich gewinne den Eindruck aus dem Versuch der theoretischen Umarmung der sozialen Realität springe für die Linke mit dieser Herangehensweise momentan nur das Elfenbeinturmdasein heraus.
Erfährt politische Praxis ihre Zuspitzung in dieser gesellschaftlichen Situation bedenklicherweise ausschließlich in der Produktion von theoretischen Texten und unverständlichen Referaten? Die Wirklichkeit zu verstehen, scheint untrennbar mit der astronomischen Entfernung von ihr verbunden zu sein.
Leider auch vorauszusehen war, daß der Hauptwiderspruch unwidersprochen seinen Alleinerklärungsanspruch feiert. Als reine Männer-Konferenz angelegt (bis auf eine Alibi-Referentin) sprechen auch wieder fast ausschließlich Männer, und ergehen sich häufig in den üblichen ätzenden Profilierungsgefechten. Die ökonomistische Verkürzung jeglichen Vorgangs zieht sich durch die gesamte Konferenz. Erst in der Abschlußdiskussion sprechen zwei Frauen, und es wird inhaltliche Kritik an dem Tenor der bis dorthin praktizierten Nationalismus-Erklärung laut. Die anschließend sprechenden Typen gehen darauf jedoch in keinster Weise ein, sondern lesen nur ihre Beiträge vor.
Selbstmitleid spinnt sich wie ein tränentriefender Schleimfaden durch die gesamte Veranstaltung. Immer wieder wird gegen bestimmte Fraktionen der Linken polemisiert, wird in beliebter konkret-Tradition eine ätzende Säure zynischer Arroganz über alles und jegliches gegossen (■■■ ■■■ durchbricht alle Rekordmarken!). Dies passiert jedoch zunehmend nicht mehr aus inhaltlicher Kritik, sondern aus reiner Lust an der formalen Abgrenzung zur Hervorhebung eigener Größe, eigenen Wissensvorsprunges, es dient hauptsächlich dem Lächerlichmachen und der Entlarvung der (falschverstandenen) fehlenden intellektuellen Brillianz des Kontrahenten. An der Form inhaltlicher Kritik wird solange modelliert, bis sein Inhalt entstellt oder verlorengegangen ist. Als Beispiel: Ein Typ legt seine Vorstellungen einer befreiten Gesellschaft in Grundzügen dar. "So neu ist das ja nicht, was Du da sagst," schnellt ihm als Erwiderung sofort entgegen. Anstatt inhaltlich auf seine Vorstellungen einzugehen, und evtl. Differenzen zur oder das Nichtvorhandensein der eigenen Utopie zu äußern, wird nur auf Trivialitäten eingegangen. Ein inhaltlicher Fortschritt wird so verunmöglicht, da kein unvoreingenommener Umgang mehr miteinander möglich ist. Schubladen-Denken ist eben praktisch und notwendig, wenn mann polemisieren will. Es war nicht mehr zu erkennen, daß die anwesenden Menschen vielleicht Gemeinsames vorhaben.
Immerhin bietet diese Linke für mich keine pseudokuschelige Ersatzheimat mehr.

1 von der Arroganz der "Alten" angewiderter autonomer Schüler

LASST UNS DAS EUROPÄISCHE HAUS ZUM EINSTÜRZEN BRINGEN!

BETEILIGT EUCH AN DEN AKTIONEN UND DISKUSSIONEN ZUR TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES AM 9. UND 10 DEZEMBER IN ESSEN.

Kill The Nation

Fr. 9.12.'94
Auftaktveranstaltung mit Tribunalcharakter. Anklage der EU aus internationaliatischer Perspektive. 18⁰⁰-21⁰⁰ Uhr (voraussichtlich Zeche Carl)

Sa. 10.12.'94
BUNDESWEITE DEMONSTRATION von der Essener Innenstadt in Richtung Tagungszentrum an der Gruga. 12⁰⁰-17⁰⁰ Uhr

So. 11.12.'94
Gegenkongreß mit vier thematischen Foren. Abschlußdiskussion zu Perspektiven des Widerstandes in Europa. (voraussichtlich Zeche Carl)

Achtet auf weitere Informationen und Ankündigungen, auch zu geplanten Veranstaltungen und Aktionen im Vorfeld.

Kontakt: Anti-EU-Koordination c/o Initiativenzentrum Weberstr. 79 45879 Gelsenkirchen

Bundesweites **Vorbereitungstreffen** für Demo und Aktionen am Sa. 5. Nov. 12⁰⁰-19⁰⁰ Uhr im Zentrum Druckluft in Oberhausen, Am Förderturm 27, direkt hinter dem Hbf.

Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine - Termine



24 Jahre Kampf für die Freiheit sind Widerstand gegen Kollaboration und Abwicklung

Veranstaltung zur Eröffnung des Infocafés Kassiber zur Geschichte und aktuellen Situation der politischen Gefangenen in der BRD. Informationen und Beiträge zu: Warum ein Infocafé zu den Gefangenen? ak kassiber stellt sich vor. Aktuelle Informationen zum Stand des Verfahrens bei Irmgard Möller und zur Situation von Christine Kuby - eine neue "Kinkelinitiative" und/oder Opium für die Szene? Zur Geschichte des Gefangenenkampfs. Zu den aktuellen Forderungen der Gefangenen.

Donnerstag, 24.11., 20 Uhr, X-B-Liebig, Liebigstr. 34

Mit dieser Veranstaltung beginnen wir unser Infocafé im X-B-Liebig. Jeden letzten Donnerstag im Monat wird es eine Veranstaltung geben, jeden zweiten Donnerstag im Monat machen wir Café (meistens auch mit Volksküche). Wir werden uns bemühen, möglichst aktuelle Informationen zur Situation der Gefangenen zu verbreiten und wollen so dazu beitragen, die Solidarität mit den politischen Gefangenen wieder stärker zum Thema in der Linken zu machen. Darüberhinaus planen wir Veranstaltungen zu verschiedenen Themen, die wir im Zusammenhang mit der Krise der Linken für diskutierenswert halten.

Donnerstag 24.11.94
13⁰⁰ Kiezküche +
Film: "Wir können auch anders" (BRD 92)
in der Lunte, Weisestr. 53

Umwelt-Bibliothek
Schliemannstr. 22, 10437 Berlin

um 20.00

24. November: Humanistische Bewegung - Sekte oder Bürgerinitiative

Donnerstag, 24.11.94 21.00 Uhr FrauenLesbenAbend imCLASH: "Peking Opera Blues"

CLASH
Tel: 462784
Die Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin, U8 Pankstr., U9 Nauener Platz



Freitag, 25.11.94
20.00 Uhr
Infoveranstaltung im CLASH: "Brasilien - Die Folgen der Liberalisierungspolitik" und die aktuelle Situation nach den Wahlen. (FDCL-Mehringhof)
SOLI-ABEND + FETE
mit inisiyatif
Beginn 19 Uhr
Internationales Programm:
KOMA BOTAN
DERGAH
KANACKS WITH BRAIN (HipHop)
QUIMANTU
Essen und Getränke
Eintritt 5 DM
Für eine Antifa Selbstorganisierung; Freiheit für alle gefangenen Antifas!
Am Freitag den 25.11
TU-Alte Mensa
Hardenbergstr. 34
10623 Berlin
U-Bhf Ernst Reuter Pl.
Kiezradeln gegen Nazi-Zeitungen
==========================
Wir laden ein zum Kiosk-Outing
Zeit:26.11.94 10.00 Uhr
Zeit:26.11.94 10.00 Uhr
Ort:U-Bahnhof Leopoldplatz(an der Kirche)
Ort:U-Bahnhof Kottbusser Tor
Info- und Diskussionsveranstaltung zur aktuellen Lage in I R L A N D.
TIME FOR PEACE 25 YEARS TIME TO GO
Wir wollen ja nicht unhöflich sein... Aber 25 Jahre sind wirklich ne verdammt lange Zeit...
Für ein vereinigtes und sozialistisches Irland
Samstag, den 26.November ab 20:00
im
Ganz von Sinnen
Eberswalder Str. 32
Prenzlauer Berg
Nähe U-Bhf. Eberswalder Str.
Veranstalter: FreundInnen Irlands.
TIME TO GO!
Stopt den rassistischen Terror
"Wir verurteilen und lehnen alle Formen des Rassismus ab, denn Rassismus verletzt nicht nur diejenigen, gegen die er sich richtet, sondern entstellt und pervertiert gerade die Menschen, die ihn predigen und projizieren." Kwame Nkrumah
Demo. am Samstag, dem 26. Nov. 94, 14.00 Uhr ab Adenauer Platz
Afrika Rat
(Zusammenschluß afrikanischer Organisationen in Berlin)
2. Mal wieder FÄTEN
QUATSCH'N ESSEN UND MEHR...
Zum Abschluß des A-Bildungsprogramms
Eine Anti-Bildungsfete
Samstag 26.11.94 ab 21.00
Video "THEM ROCK"
ORT: EL LOCO, Kreuzbergstr. 43
SONNTAGS ABENDS IM WINTER... KÜHLSCHRANK LEER, HEIZUNG KALT, NUR MIST IN DER GLOTZE? - MACHT NIX! JETZT GIBTS
lieblingsfilme im ex
27.11. "MILAGRO - DER KRIEG IM BOHNENFELD"
ZUM ESSEN GIBTS:
* GEFLÜGELCURRY m. REIS
* SPINATAUFLAUF m. FETA
* APFELTASCHE m. VANILLESAUCE
immer sonntags nach der hell's kitchen
5 SONNTAGE AB 20.11. IMMER UM 20³⁰ (HELL'S KITCHEN UM 19⁰⁰) IM EX UMSONST! UND IM FERNSEHN!
Infoveranstaltung im CLASH: "Der Kinderbauernhof am Mauerplatz muß bleiben"
Soliveranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Kreuzberger Kinderbauernhof
Samstag 26.11.94
20.00 Uhr
27. November: Entdemokratisierung. Negative Bilanz der Entwicklung der Menschenrechte in der Bundesrepublik seit der Einigung 1990. Referent: Marion Seelig
um 20.00
Sonntag, 27.11.94
21.00 Uhr
Video: "Frida Kahlo", v. G. Hershorn u. R. Guerra. Film über Leben und Werk der mexikanischen Künstlerin.
im CLASH
Ort: Bildungwerk für Demokratie und Umweltschutz
Zeit: Beginn jeweils um 19.00 Uhr
Verbindungsstruktur zwischen konservativer Regierungspolitik und neofaschistischen Parteien
29.11.94: Das Studienzentrum Weikersheim
Die Think-Tank Fabrik für konservative Vordenker und Ideologen der 'Neuen Rechten'
Der rechte Rand
inhaltliche Planung:
LUPE e.V.
PF 360 123
10971 Berlin
Tel. 030/615 66 80
Antifa HUmmel & FLÜCHTLINGSHILFE
BERT'Z RACHE & Veits Tanz
spielen für die verfolgten ANTIFAS
Mittwoch 30.11.94 21.00 Uhr im KRÄHENFUß
Clara-Zetkin-Str.
Humboldt-Uni
Unter den Linden
KRÄHENFUß
Mittwoch, 30.11.94
21.00 Uhr
Musikvideo im CLASH: Arrested Developement "Eyes As Hard As A Million Tombstones". USA 1993. Interviews, Konzertmitschnitte etc.

AUFRUF

ZUM DEUTSCH-KURDISCHEN FREUNDSCHAFTSMARSCH

am 26.November 1994 10.00 Uhr am Olivaerplatz

GEGEN DIE VERFOLGUNG VON KURDEN IN DER BUNDESREPUBLIK

In Kurdistan findet ein Krieg gegen das kurdische Volk statt , der an Ausmaß und Systematik die Dimension eines Völkermords erreicht hat . Kurdische Dörfer und Städte werden niedergebrannt und zerstört ; Wälder und Ernten verbrannt ; Menschen gefoltert , vertrieben und ermordet.
IM KLARTEXT: Zwangsevakuierung , Internierungslager , tagtägliche Apartheid und Ermordungen
sollen laut der türkischen Ministerpräsidentin Tansu Ciller zur „Endlösung der Kurdenfrage“ führen .

DIE WELTÖFFENTLICHKEIT SCHWEIGT ZU DIESEM VÖLKERMORD AUF RATEN

Beihilfe zum Völkermord in Kurdistan kommt von dem historischen Freund Deutschland .
Hilfe auf allen Ebenen: politische , militärische , wirtschaftliche und moralische wird geboten ; auch in Deutschland .
Systematische Verfolgung , Diskriminierung , Einschüchterung und sogar Mord an einem Kurden seitens der deutschen Regierung sind an der Tagesordnung .

WIR FORDERN:

- Aufhebung des Verbots gegen kurdische Organisationen und Vereine

- Schluß mit der Verfolgung der KurdInnen in Deutschland

- Freilassung aller politischen kurdischen Gefangenen

- Sofortigen Stopp der deutschen Waffenlieferung

- jede Zusammenarbeit Deutschlands mit der Turkei einzustellen , die den Völkermord Unterstützung

- Die Verurteilung des Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen durch den türkischen Staat in Kurdistan

FÜR EINE POLITISCHE UND DEMOKRATISCHE LÖSUNG IN KURDISTAN